

lwvinfo

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

schwerpunkt | kurzmeldungen | wortmeldungen | personalien

„Sicherheit zuerst“ in Bad Emstal

„Sicherheit zuerst – so lautet die Maxime, die dem Bau der Klinik für forensische Psychiatrie in Bad Emstal-Merxhausen zugrunde liegt“. Ende Juni ist am Hauptstandort des ZSP Kurhessen die neu errichtete Klinik für forensische Psychiatrie durch Staatssekretär Gerd Krämer und LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann ihrer Bestimmung übergeben worden. Seitdem wird die Klinik, in der bis zu 84 suchtkranke Rechtsbrecher therapiert und gesichert untergebracht werden können, schrittweise belegt. „Suchtkranken Rechtsbrechern kann nur dann die Chance auf eine Reintegration in die Gesellschaft ermöglicht werden, wenn die Sicherheit nicht gefährdet wird. Das neue Klinikum soll hier einen entscheidenden Beitrag leisten“, hieß es bei der Einweihung.

| Mehr zum Thema Seite **9**



Foto: Jörg Daniel

„Wichtigste Personalentscheidung unter Dach und Fach“:

Reinhard Belling wird Geschäftsführer der „LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“

Der 44-jährige Diplom-Volkswirt Reinhard Belling wird Geschäftsführer der in Gründung befindlichen „LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“, die am 1. Januar 2008 ihre Arbeit aufnimmt. Dies hat der Verwaltungsausschuss des LWV im September beschlossen. Die LWV-Gesundheitsmanagement GmbH ist künftig für die konzernstrategische Steuerung von 12 gemeinnützigen GmbHs, überwiegend Zentren für Soziale Psychiatrie, verantwortlich, die 2006 ein Umsatzvolumen von 470 Mio. Euro erarbeiteten. Belling ist bereits seit 2004 für den LWV tätig, gegenwärtig leitet er als Geschäftsführer in Personalunion die „Zentrum für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg gemeinnützige GmbH“ in Hadamar, die „Zentrum für Soziale Psychiatrie Rehbergpark Herborn gemeinnützige GmbH“ und die „Klinikum Weilmünster gemeinnützige GmbH“. Er soll bereits vor dem offiziellen Unternehmensstart seine Arbeit in Kassel aufnehmen.

| mehr auf Seite **2**

Wortmeldungen

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

Seite **6**

Jubiläum 2008

475 Jahre Hohe Hospitaler

Seite **10**

Gesund am Arbeitsplatz

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Seite **32**

„Zimmer mit Familienanschluss“

Begleitetes Wohnen in Familien

Seite **34**

Fortsetzung von Seite 1

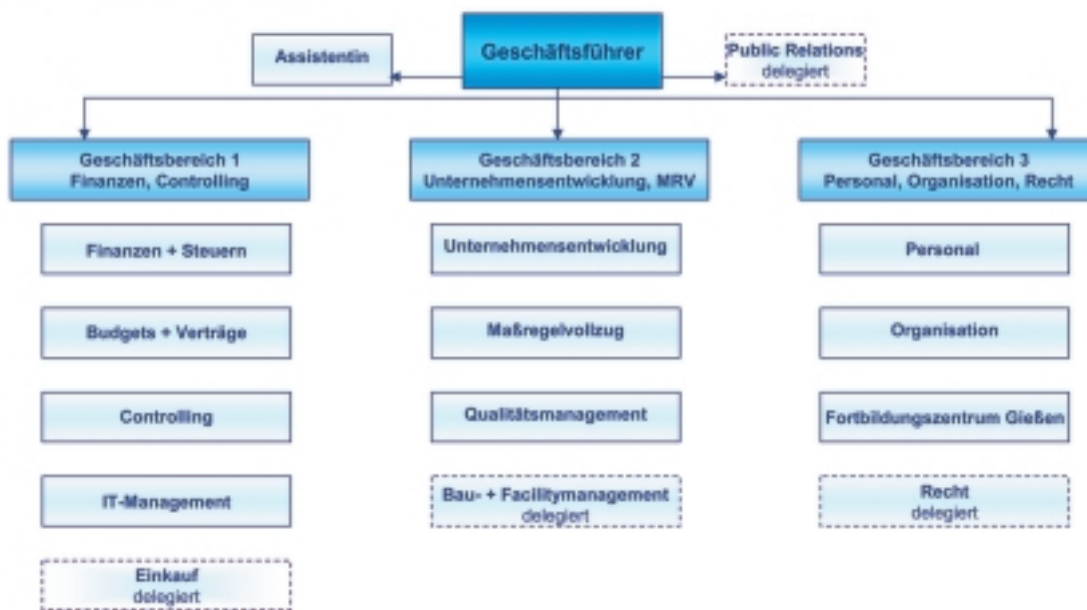
Reinhard Belling wird Geschäftsführer der „LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“

„Mit der Bestellung von Reinhard Belling zum Holding-Geschäftsführer haben wir die wichtigste Personalentscheidung zur neuen Gesundheitsmanagement GmbH unter Dach und Fach bringen können. Ich bin mit der Ent-

scheidung sehr zufrieden, weil wir mit Belling einen hochqualifizierten und im Gesundheitsmanagement erfahrenen Fachmann gewinnen konnten, der zudem seine Führungskompetenzen beim LWV bereits seit einigen Jahren

unter Beweis gestellt hat“, sagte LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann im Anschluss an die Sitzung des Verwaltungsausschusses. „Auf Belling und sein Mitarbeiterteam in der Unternehmens-

holding warten allerdings auch zahlreiche Herausforderungen, da sich der Gesundheitsmarkt in einem dynamischen Veränderungsprozess befindet. Sämtliche Krankenhäuser sind engen politischen und wirtschaftlichen Vorgaben unterworfen, selbstbewusste Patienten erwarten mit Recht qualitätsgesicherte medizinische und therapeutische Leistungen. In diesem Spannungsfeld hat der neue Geschäftsführer die Aufgabe, die Marktstellung des LWV als größtem hessischen Krankenhausträger zu sichern und dort, wo es sinnvoll



Schlank Organisation: Aufbau der LWV-Gesundheitsmanagement GmbH Grafik: LWV-Hauptverwaltung Fachbereich Einrichtungen

Führungsverantwortung: Sie leiten die 12 Töchter der LWV-Gesundheitsmanagement GmbH



Geschäftsführer
Siegfried Hüttenberger

Zentrum für Soziale Psychiatrie
Philipphospital gemeinnützige
GmbH, Riedstadt

Zentrum für Soziale
Psychiatrie Bergstraße ge-
meinnützige GmbH,
Heppenheim



Geschäftsführer
Stefan Köhler

Zentrum für Soziale Psychiatrie
Rheinblick gemeinnützige GmbH,
Elville

Zentrum für Soziale Psychiatrie
Hochtaunus gemeinnützige
GmbH, Friedrichsdorf

Sozialpädagogisches Zentrum
Kalmenhof gemeinnützige
GmbH, Idstein



Geschäftsführer Reinhard Belling
(bis 31. Dezember 2007)

Zentrum für Soziale Psychiatrie
Am Mönchberg
gemeinnützige GmbH, Hadamar

Zentrum für Soziale Psychiatrie
Rehbergpark Herborn ge-
meinnützige GmbH

Klinikum Weilmünster ge-
meinnützige GmbH



Geschäftsführerin Anke Berger-
Schmitt (bis 31. Januar 2008)

Zentrum für Soziale Psychiatrie
Mittlere Lahn gemeinnützige
GmbH, Gießen

erscheint, auch auszubauen“, ergänzte der LWV-Chef.

Inzwischen steht das Team der künftigen LWV-Klinik-Holding weitgehend, der Prozess der Personalgewinnung konnte vorerst abgeschlossen werden. Die 21 Stellen der LWV-Gesundheitsmanagement GmbH wurden zu einem Drittel öffentlich, zu einem Drittel verbandsweit und zu einem weiteren Drittel innerhalb der LWV-Hauptverwaltung ausgeschrieben. Unter insgesamt 450 Bewerber/innen wurden die künftigen

Holding-Mitarbeiter durch eine Projektgruppe ausgewählt, so dass die LWV-Gesundheitsmanagement GmbH am 1. Januar ihren Betrieb aufnehmen kann. Auch die organisatorischen Strukturen sind geschaffen: Drei Geschäftsbereiche mit insgesamt zehn Abteilungen wird die Holding einrichten, einige Leistungen sollen eingekauft werden. Zur LWV-Gesundheitsmanagement GmbH zählt auch das LWV-Fortbildungszentrum in Gießen. (jda)

GmbH-Gründungen: Arbeitsplätze und Mitbestimmung gesichert

Der Beschluss des Präsidiums des Hessischen Kommunalen Arbeitgeberverbandes im September ebnete den Weg für den Überleitungstarifvertrag, dessen Eckpunkte Arbeitgeberseite und Gewerkschaften bereits Ende 2006 vereinbart hatten (LWV-Info 3+4/2006). Der Überleitungstarifvertrag fixiert die Bedingungen, unter denen künftig die rund 6.400 in den neu gegründeten gemeinnützigen GmbHs beschäftigten Mitarbeiter/innen des LWV arbeiten. Kernstücke des Vertrages sind der Kündigungsschutz beim Betriebsübergang und das Fortgelten tariflicher Regelungen. Auch die Mitbestimmung ist in

der künftigen „LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“ und den 12 gemeinnützigen GmbHs gesichert. Für die Arbeitnehmerseite haben die Gewerkschaften ver.di, Marburger Bund und dbb-Tarifunion das Vertragswerk vereinbart.

„Mit dem Überleitungstarif schreiben wir fest, dass es beim Betriebsübergang zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kommt“, hob LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann hervor. Der bisherige arbeitsvertragliche Rahmen für die Beschäftigten bleibe weitgehend erhalten, auch dann, wenn am 1. Januar 2008 alle 12 örtlichen gemeinnützigen GmbHs unter dem Dach

| weiter Seite 4

Editorial

Reform sichert professionelles und bürgernahes Verwaltungshandeln



Foto: privat

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr haben wir mit Nachdruck daran gearbeitet, dass die LWV-Gesundheitsmanagement GmbH wie vorgesehen am 1. Januar 2008 ihre Arbeit aufnehmen kann. Wenige Wochen vor dem Jahreswechsel stellt sich bei den Beteiligten ein wenig Erleichterung ein: Die Anstrengungen haben sich gelohnt, die Pflöcke, auf denen die Unternehmensholding des LWV künftig ruhen soll, sind eingeschlagen. Wir haben für die anspruchsvollen Aufgaben qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen können, der organisatorische Rahmen für eine erfolgreiche Tätigkeit der LWV-Gesundheitsmanagement GmbH ist abgesteckt.

Nicht nur die Umwandlung der ZSPs in gemeinnützige GmbHs und die Gründung der Holding zeigen, dass wir auf dem Weg, den LWV mit all seinen Aufgaben zukunftsfähig zu machen, ein gutes Stück vorangekommen sind: Zum 1. Januar werde ich auch eine Neustrukturierung der Hauptverwaltung des LWV in Kraft setzen, mit der wir die Qualität unserer Dienstleistungen wiederum ein Stück verbessern können. Zudem werden Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofes aufgegriffen. Durch die neue Organisation werden Aufgaben zurück in die Linie verlagert, Stabsstellen werden auf ein Normalmaß zurückgeschnitten. Als zentrale operative Ebene wird es beim LWV künftig 18 Fachbereiche geben. Dazu zählen auch die bisherigen Zielgruppenmanagements der Leistungsbereiche nach SGB XII, der Kriegsofopferfürsorge und des Integrationsamtes. Sie werden stärker vernetzt und unter ein gemeinsames Dach gestellt. Die gesamte Verwaltung bleibt wie bisher in drei Geschäftsbereiche aufgeteilt, die von der Ersten Beigeordneten Evelin Schönhut-Keil, dem Beigeordneten Dr. Peter Barkey und meiner Person verantwortet werden. Nach der Reform ist vor der Reform: Im kommenden Jahr werden wir weitere Schritte gehen, um die Basis für ein professionelles und bürgernahes Verwaltungshandeln in einer schlanken Organisationsform zu verbreitern.

Ich wünsche Ihnen allen viel Glück und Gesundheit im neuen Jahr!

Uwe Brückmann
Landesdirektor



Geschäftsführer
Herbert Dreisbach

Zentrum für Soziale Psychiatrie
Kurahessen gemeinnützige
GmbH, Bad Emstal



Geschäftsführer
Jürgen Hammerschlag

Zentrum für Soziale Psychiatrie
Haina gemeinnützige GmbH



Geschäftsführer
Volker Horn

Orthopädische Klinik Kassel
gemeinnützige GmbH

der neu gegründeten Unternehmensholding „LWV-Gesundheitsmanagement GmbH“ zusammengeführt werden. Die Holding, so der LWV-Chef, wird mit ihren Unternehmenstöchtern Mitglied im KAV: „Damit gilt für die insgesamt rund 8.500 Beschäftigten beim größten hessischen Krankenhausträger LWV weiterhin der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) wie auch der Tarifvertrag für die Ärzte (TV-Ärzte/VKA)“. Die Mitbestimmung auf Holding-Ebene werde durch einen Konzernbetriebsrat und durch Arbeitnehmersitze im Aufsichtsrat gesichert, unterstrich der LWV-Chef.

Auch die Gewerkschaft ver.di zieht eine positive Bilanz der über fast zwei Jahre geführten Verhandlungen: „Die Einrichtungen des LWV bleiben auch als GmbHs vollständig in öffentlicher Trägerschaft, der Flächentarifvertrag und die betriebliche Altersversorgung sind für die Beschäftigten langfristig gesichert“, sagte Georg Schulze-Ziehaus, der für ver.di Hessen die Verhandlungen geführt hat. Mit den jetzt abgeschlossenen Vereinbarungen würden sich Arbeitgeber und ver.di zur uneingeschränkten Mitbestimmung durch Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bekennen.

„Durch den Überleitungstarifvertrag konnten die bestehenden Rechte der Beschäftigten langfristig und verbindlich abgesichert werden“ bestätigte Rechtsanwalt Udo Rein, Geschäftsführer des Marburger Bundes Hessen. Auch Andreas Schmalz, Tarifreferent der Tarifunion des Beamtenbundes, sieht die Tarifbindung der neuen Gesellschaften und die Altersversorgung der Beschäftigten gesichert. Die Interessen der Beschäftigten blieben durch den Überleitungstarif umfassend gewahrt, so Schmalz. (jda)

Mit Know-how und Engagement der Mitarbeiter die Zukunft gewinnen - Der künftige Geschäftsführer der LWV-Gesundheitsmanagement GmbH, Reinhard Belling, im Gespräch



LWV-Info: Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zur neuen beruflichen Aufgabe, die ja in der Tat eine Reihe von Herausforderungen bietet. Wurde es Ihnen nach gerade einmal drei Jahren schon langweilig in Herborn und Weilmünster?

Reinhard Belling: Nein, überhaupt nicht. Insbesondere durch die unterschiedlichen Strukturen in Herborn und Weilmünster ist dies weiterhin eine spannende Aufgabe, zudem ich ja seit August auch Geschäftsführer des umgegründeten ZSP in Hadamar bin. Die Holding bietet jedoch eine einmalige Gestaltungsmöglichkeit - wenn man eine solche Chance geboten bekommt, kann man sie sich nicht entgehen lassen.

LWV-Info: Sie haben sich über Ihre bisherigen eigenen Häuser hinaus sicher schon einen Überblick über den Zustand der 12 Holding-Töchter verschafft. Wie sieht Ihre Eröffnungsbilanz aus?

Reinhard Belling: Einen genauen Überblick muss ich mir natürlich in den kommenden Monaten verschaffen. Es ist jedoch positiv festzustellen, dass der LWV sehr frühzeitig - ohne dass sich seine Unternehmen in einer wirtschaftlichen Krise befinden - zukunfts-fähige Strukturen gebildet hat. Sie ermöglichen es, auf die Aufgaben der Zukunft zu reagieren. Keine der 12 Holdingtöchter ist - wie so viele öffentliche Krankenhäuser - über einen längeren Zeitraum hin defizitär, so dass dies eine gute Ausgangssituation darstellt.

LWV-Info: Worin liegt die Besonderheit einer Holding-Geschäftsführung und wo unterscheidet sie sich von den Aufgaben eines Klinikgeschäftsführers?

Reinhard Belling: In den grundsätzlichen Managementaufgaben unterscheidet sich die Aufgabe eines Holdinggeschäftsführers nicht so sehr von der eines Klinikgeschäftsführers. Die Führungsaufgabe besteht meines Erachtens darin, Ziele zu erarbeiten und zu definieren, Entscheidungen zu treffen oder herbeizuführen, geeignete Controllinginstrumente aufzubauen, zeitgemäße Organisationsstrukturen und Abläufe sicherzustellen und Personal zu

fördern und zu entwickeln. So beschreibt es auch der renommierte Managementforscher Fredmund Malik. Die inhaltliche Ausgestaltung dieser Managementaufgabe ist natürlich auf der Holdingebene eine übergeordnete.

LWV-Info: Im Gesundheitssektor gibt es einen Trend zur Privatisierung. Auch hier trennt sich die öffentliche Hand von Aufgaben und Finanzierungsrisiken. Haben öffentliche Krankenhausträger eine Zukunft?

Reinhard Belling: Ich bin absolut sicher, dass öffentliche Krankenhausträger eine Zukunft haben. Der LWV hat durch die Etablierung zukunftsfähiger Strukturen frühzeitig einen Meilenstein gesetzt. Diese Strukturentscheidungen bieten die Möglichkeit - und dies ist auch zwingend notwendig -, die Kundeninteressen in den Mittelpunkt der unternehmerischen Aktivitäten zu stellen und damit gute Angebote in den verschiedenen Bereichen fortzusetzen, bzw. zu entwickeln. Entscheidend wird sein, ob es uns auch in Zukunft gelingt, zeitgemäße Angebote zu marktfähigen Preisen zu entwickeln. Dabei ist heute schon klar, dass in den kommenden Jahren durch die Kostenträger nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig werden sich neue Einkaufsmodelle durchsetzen. So suchen sich beispielsweise die Krankenkassen den besten oder den preisgünstigsten Anbieter aus.

LWV-Info: Die Beratungsfirma Kienbaum hat dem LWV empfohlen, eine Unternehmensstrategie zu entwickeln, aus der klar wird, in welche Richtung sich der Konzern orientieren will: In Richtung Konsolidierung und Beschränkung auf das Kerngeschäft oder eher in Richtung Expansion und Aufbau neuer Geschäftsfelder. Wie sehen hier Ihre Vorstellungen aus?

Reinhard Belling: Der Aufbau neuer Geschäftsfelder ist sinnvoll und notwendig, um die Marktposition zu halten bzw. noch zu verbessern. Bei diesem Aufbau neuer Angebote muss jedes Unternehmen sich jedoch immer die Frage stellen: Was glaubt man besser zu können als andere, um damit auch erfolgreich zu sein. Im Normalfall bedeutet dies, dass man bereits Erfahrungen in einem bestimmten Segment gesammelt hat.

LWV-Info: Welche Rolle werden die rund 8.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei spielen?

Reinhard Belling: Gesundheits- und Sozialunternehmen sind Dienstleistungsunternehmen, die vom unmittelbaren Kontakt

Zur Person

Nach einer abgeschlossenen Ausbildung zum Krankenpfleger studiert Reinhard Belling in Mainz und Berlin Volkswirtschaftslehre, ist dabei während seiner Studienzeit weiterhin als Krankenpfleger tätig. Nach dem Studienabschluss als Diplom-Volkswirt arbeitet Belling zunächst als Referatsleiter in der Vertragsabteilung Krankenhäuser des Landesverbandes der Betriebskrankenkassen Rheinland-Pfalz/Saarland, bevor er 1998 die Leitung des zentralen Controllings der Marienhaus GmbH in Waldbreitbach übernimmt. Ab dem Jahr 2000 wird Belling innerhalb der Marienhaus GmbH Kaufmännischer Direktor dreier Krankenhäuser in Neuwied und Bendorf. 2002 übernimmt er zusätzlich die Aufgabe des Verbunddirektors der Region Rhein-Wied und wird 2003 Kaufmännischer Direktor des neu geschaffenen Marienhaus Klinikums. Im September 2004 bestellt ihn der LWV zum Geschäftsführer der „Zentrum für Soziale Psychiatrie Rehbergpark Herborn gemeinnützige GmbH“ und der „Klinikum Weilmünster gemeinnützige GmbH“. Seit August 2007 ist Reinhard Belling auch Geschäftsführer der neu gegründeten „Zentrum für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg gemeinnützige GmbH“ in Hadamar. (jda)

zwischen Mitarbeitern und Kunden leben. Dies stellt an die Beschäftigten hohe Anforderungen, denen wir nur begegnen können, wenn wir qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Dabei ist in den vergangenen zehn Jahren zu beobachten, dass die Belastung für die Mitarbeiter kontinuierlich steigt. In einem zunehmend schärferen Wettbewerbsumfeld wird es meines Erachtens nur denjenigen Unternehmen gelingen sich zu etablieren, die durch Maßnahmen wie kluge Organisationsformen, Führungskräfteentwicklung und Personalentwicklungskonzepte die Rahmenbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen, überdurchschnittliche Leistungen zu erbringen. Nur mit dem Know-how und dem Engagement der 8.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann die Zukunft gewonnen werden.

LWV-Info: Herzlichen Dank für das Gespräch!
Interview: Jörg Daniel

LWV-Info sagt Tschüss!

Ab 2008 steht der LWV auf zwei Beinen: Für die gesetzlichen Aufgaben gibt es den LWV als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die neu gegründeten gemeinnützigen GmbHs werden unter das Dach einer Holding gestellt. Mit dem Entstehen der LWV-Gesundheitsmanagement GmbH muss auch die Unternehmenskommunikation des LWV überdacht und neu ausgerichtet werden.

Das LWV-Info wird es daher künftig nicht mehr geben. Informationsangebote sollen sich stärker an einzelne Zielgruppen richten, auch werden elektronische Kommunikationsformen eine größere Rolle spielen. Bei allen Leserinnen und Lesern bedankt sich die Redaktion für 19 Jahre Treue und Interesse an dem, was es aus dem Kommunalverband zu berichten gab.

Über die neuen Informationsangebote werden wir Sie weiterhin auf dem Laufenden halten. Besonders empfehlenswert: Ein Besuch auf der Internetseite des LWV unter www.lwv-hessen.de. In Kürze startet auch die Domain der LWV-Gesundheitsmanagement GmbH: www.lwv-gesundheitsmanagement.de (red)

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen



Foto: privat

Belange behinderter Menschen müssen Priorität haben

FRITZ KRAMER | Fraktionsvorsitzender CDU

Die Zukunft von Eingliederungshilfe und „Betreutem Wohnen“ ist zu einem auffälligen Verwirrspiel geworden: Da ist einerseits die vor einigen Jahren zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem LWV abgeschlossene Vereinbarung, nach der das „Betreute Wohnen“ mit Wirkung zum 1. Januar 2009 auf die örtlichen Sozialhilfeträger übergeht. Da ist andererseits der einstimmige Beschluss der VV vom 4. Juli 2006, mit dem zum Ausdruck gebracht worden ist, dass die Eingliederungshilfe beim LWV verbleiben soll. Hält das LWV-Parlament nichts von der vom Gesetzgeber gewollten „Hilfe aus einer Hand“? Aber ja.

Allerdings hat die VV zur Kenntnis genommen, dass die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte über das weitere Schicksal des LWV als überörtlicher Sozialhilfe-

träger erst dann befinden wollen, wenn ein novellierter kommunaler Finanzausgleich die finanziellen Lasten auch ohne das Instrument der LWV-Umlage gerecht verteilt. Das wird sich frühestens im Laufe des Jahres 2009 entscheiden.

Um zu verhindern, dass durch den Übergang des „Betreuten Wohnens“ auf die Landkreise und kreisfreien Städte schon mit Beginn des Jahres 2009 und dem gleichzeitigen Verbleib der stationären und teilstationären Eingliederungshilfe beim LWV eine geteilte Verantwortung zwischen dem örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger greift, hat die VV dem Landesdirektor und der Ersten Beigeordneten den Auftrag erteilt, mit den beiden kommunalen Spitzenverbänden zu verhandeln.

Das Ziel: Das „Betreute Wohnen“ über

den 1. Januar 2009 so lange beim LWV zu belassen, wie unentschieden ist, was aus dem Verband und seiner Zuständigkeit für die stationäre und teilstationäre Eingliederungshilfe wird. Das haben wir gewollt, gerade weil wir die „Hilfe aus einer Hand“ für behindertengerecht und sinnvoll halten. Leider haben sich beide kommunalen Spitzenverbände unserer Bitte bisher verweigert. Insbesondere der „Hessische Landkreistag“ zeigt sich unnachgiebig und ist nicht einmal bereit, das Thema mit der Spitze des LWV auch nur zu erörtern.

Das ist bedauerlich. Es ist zwar zutreffend, dass Vereinbarungen generell – auch was ihre zeitlichen Festlegungen betrifft – gelten müssen. Wenn es aber um Behinderte geht, sollten ihre Belange absolute Priorität haben.



Foto: privat

Anhörung im Landtag durchweg positiv

WOLFGANG HESSEBAUER | Fraktionsvorsitzender SPD

Im LWV-Info 01/2007 habe ich mitgeteilt, dass sich die Hessen-SPD massiv für den Verbleib des Betreuten Wohnens beim LWV einsetzen wird. Ich darf feststellen: Die Hessen-SPD hat Wort gehalten. Mit ihrer Initiative im Landtag hat sie einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hess. Ausführungsgesetzes zum SGB XII eingebracht, wonach das Betreute Wohnen über den 1. Januar 2009 hinaus in der Trägerschaft des Verbandes verbleiben soll. Diese ist zwingend notwendig, denn nach der derzeitigen Rechtslage geht die Zuständigkeit für das Betreute Wohnen 2009 auf die örtlichen Sozialhilfeträger über, wenn nichts geschieht. Die Hessen-SPD stützt sich hierbei u. a. auf das Prüfungsergebnis des Landesrechnungshofes, wonach der LWV diese Aufgabe qualitativ

hochwertig und dennoch kostengünstig ausführt.

Im Oktober/November 2007 fand im sozialpolitischen Ausschuss eine schriftliche und mündliche Anhörung statt. Für die SPD-Fraktion im LWV habe ich mich eindeutig für den Verbleib des Betreuten Wohnens beim LWV ausgesprochen. Die gesamte Fachwelt hat sich hierbei eindeutig positioniert und sich für die mit dem Gesetzentwurf verbundenen Änderungen ausgesprochen. Der LWV soll für das Betreute Wohnen zuständig bleiben und damit die Hilfe aus einer Hand zu landesweit einheitlichen Standards sicherstellen. Der Gesetzentwurf wurde von Teilen des Landkreistages und des Städtetages abgelehnt vor dem erkennbaren Hintergrund, dass man sich hier um eine neue Aufgabe

bemüht und dabei aber aus dem Auge verliert, wie die Interessen der betroffenen Menschen am besten gewahrt werden. Der Fachwelt ist wichtig, dass den Betroffenen bestmögliche Hilfen gegeben werden können. Dies gewährleistet der LWV. Die Gesetzesänderung bedarf noch der abschließenden Zustimmung im Hessischen Landtag. Im Sinne der betroffenen Menschen wäre es wichtig, wenn alle Fraktionen im Landtag an einem Strang ziehen. Ausdrücklich möchte ich das Engagement des Landesdirektors während der mündlichen Anhörung hervorheben. Herr Brückmann hat in der Diskussion immer wieder die gute Arbeit des Verbandes aufgezeigt.

Foto: Jörg Daniel



GmbH-Gründungen sind Meilenstein

HOLGER HEUPEL | Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Die Umwandlung aller Eigenbetriebe des LWV Hessen in gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Gründung einer Holding GmbH stellt für den Verband einen weiteren Meilenstein in seiner wechselvollen Geschichte dar. Was 1957 mit den Beschlüssen der Verbandsversammlung zur Umbenennung der Landesheilanstalten bzw. Heil- und Pflegeanstalten in Psychiatrische Krankenhäuser begann und sich zuletzt in der Umbenennung in Zentren für Soziale Psychiatrie zeigte, sieht sich in Zeiten des „Gesetz(es) zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung“ mit einem gesundheitspolitischen Ziel konfrontiert, das stärker als

je zuvor Wettbewerbsgesichtspunkte im Gesundheitswesen einfordert. Die Politik im Verband hat darauf mit der Implementierung von marktwirtschaftlichen Unternehmensstrukturen reagiert. Sie verspricht sich mit diesem Element mehr Stabilität und Erfolg für ihre Einrichtungen, denen für zukünftige Budget- und Vergütungsverhandlungen mehr „Zügelänge“ zur Verfügung gestellt werden muss. Für die neu gegründeten Gesellschaften wird sich selbstverständlich schnell die grundsätzliche Frage nach den „Kerngeschäften“ stellen. Aber auch andere, inhaltliche Fragen werden die Gesellschaften in ihrem Entwicklungsprozess relativ früh berühren: Im klini-

schon Bereich wird es neben der Qualitätseinschränkung durch den mangelnden Erfüllungsgrad bei der Psychiatrie-Personalverordnung auch bald die Frage nach einem neuen Entgeltsystem für die Psychiatrie sein. Die Belastung der Länderhaushalte durch immer mehr Maßregelvollzugs-Patienten wird nicht ohne Auswirkung auf die Gesellschaften bleiben und schließlich werden die nichtklinischen Bereiche im angestrebten Wettbewerb mit freien und privaten Trägern ihre Leistungen messen lassen müssen. In diesem schwierigen Umfeld der Gesellschaften wird die Politik die Bereitschaft aufbringen müssen, immer wieder strategische Hilfestellungen zu leisten.

Foto: privat



LWV-Holding dient der Zukunftssicherung

JOHANNES BARON | Fraktionsvorsitzender FDP

Dass es inzwischen im Gesundheitswesen Wettbewerb gibt, das ist unverkennbar. Aber ist dieser Wettbewerb auch gut? Liberale Auffassung ist: eindeutig ja! Wettbewerb trägt dazu bei, dass sich die besseren Konzepte durchsetzen. Wettbewerb führt zu günstigeren Kostenstrukturen. Und Wettbewerb führt zu optimalen Rahmenbedingungen. Wettbewerb allein genügt allerdings nicht. Für die FDP-Fraktion war und ist es daher Verpflichtung, den LWV so auszurichten, dass er sich unter Wettbewerbsbedingungen behaupten kann. Mit der jetzt erfolgten Errichtung der LWV-Holding sehen wir ein wichtiges Etappenziel erreicht. Die neuen Holding-

strukturen dienen der Zukunftssicherung der LWV-Einrichtungen. Aus unserer Sicht ist es positiv, dass der Weg hin zu diesen Strukturen in einem großen politischen Konsens und gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegangen werden konnte. 2008 wird die volle Arbeitsfähigkeit der Holding hergestellt sein. Vor Ort werden die gemeinnützigen Gesellschaften tätig. Beiräte sollen etabliert werden. Zentral können Geschäftsführung und Aufsichtsrat ihre Arbeit beginnen. Den Einrichtungen wächst eine größere Verantwortung zu, eigenständig im Rahmen der Holding zu handeln. Das Treffen von Entscheidun-

gen ist auf kurzen Wegen und mit Ausrichtung auf das Geschehen am Markt möglich. Das Auswahlverfahren für die Entscheidungsträger gibt uns die Sicherheit, dass das richtige Personal die Führung übernimmt. Entscheidend werden am Ende die Menschen sein, die in den neuen Strukturen arbeiten. Wir hoffen, dass die Startphase der LWV-Holding von allen Beteiligten dazu genutzt wird, die Einrichtungen mit Schwung voran zu bringen. In der neuen Aufstellung und mit einer an Problemlösungen orientierten Arbeitsweise wird der LWV die Herausforderungen des Wettbewerbs auch weiterhin erfolgreich meistern.

Foto: privat



LWV darf sich Wertedebatte nicht verschließen

ALBRECHT FRITZ | Fraktionsvorsitzender FW

In einer Zeit, in der kaum noch eine wertorientierte Diskussion in der Behindertenhilfe stattfindet, ist der Landeswohlfahrtsverband Hessen in besonderer Weise verpflichtet, durch eine umfangreiche Sozialplanung und Entwicklung landesweit einheitlicher und verbindlicher Standards die erforderlichen Leistungen für die leistungsberechtigten Personen sicherzustellen.

In den hessischen Werkstätten für behinderte Menschen gibt es derzeit eine Überbelegung von ca. 10 % der genehmigten Plätze. Alle Prognosen gehen sowohl im

Bereich der Werkstätten als auch im Bereich des Wohnens von weiteren erheblichen Steigerungen aus. Ein Ende der Zuwächse ist noch nicht abzusehen. Bei der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe muss auch der Landeswohlfahrtsverband anerkennen, dass ein weiterer Ausbau von stationären Wohneinrichtungen und Werkstattplätzen dringend erforderlich ist. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe erkennt in ihrer Untersuchung vom 1. Dezember 2006 für die Prognosejahre 2007 bis 2010 einen Steigerungsbe-

darf im stationären Wohnen von 4,3 %. Sie stellt fest, dass die Entwicklung der Gesamtfallzahlen im Bereich Wohnen unter den gegebenen Bedingungen nicht beeinflussbar ist. Es wird daher notwendig, dass der LWV auf der Grundlage der Informationen über die individuellen Bedarfe in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten regionale und überregionale bedarfsgerechte Angebote entwickelt und sich dabei einer wertorientierten Diskussion nicht verschließt.

Haushaltsentwicklung positiv

Im LWV-Haushalt des laufenden Jahres machen sich neben den wachsenden Einnahmen zunehmend auch die Erfolge des Konsolidierungspaketes bemerkbar. So konnte LWV-Landesdirektor und Kämmerer Uwe Brückmann den Abgeordneten im Oktober von einer positiven Haushaltsentwicklung berichten. Der Controllingbericht für das dritte Quartal bestätigte den Trend, der sich bereits in den vorangegangenen Berichten abgezeichnet habe: Einnahmever-

besserungen und Einsparungen seien sowohl in den Budgets der Leistungsbe- reiche wie auch bei den Personal- und Sachkosten erzielt worden. Letzteres, weil Möglichkeiten der Personalko- steneinsparung in den Querschnittsbe- reichen der Verwaltung konsequent genutzt worden seien. „Die gute Haus- haltsentwicklung wird unsere Position bei den Diskussionen um die Zukunftsfähigkeit des Verbandes stärken - ich werde in verschiedenen Gesprächsrun-

den auf das Erreichte deutlich hinwei- sen“, unterstrich der LWV-Chef. „Im Ergebnis werden die Veränderungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite dazu führen, dass bei der Haushaltspla- nung 2008 die benötigten Verbands- umlagemittel deutlich geringer ausfal- len werden als noch bei der Beschlus- sfassung der Eckwerte 2008 kalkuliert“, warf Brückmann einen Blick auf die im Dezember anstehenden Haushaltsbera- tungen für 2008. (jda)

Hohe Zufriedenheit, viele Anregungen

Erfreuliches zum Thema „Kundenzufrie- denheit“: In einer 2006 durchgeführten Fragebogenaktion schätzten rund 55 % der Befragten die Leistungen des LWV als sehr gut oder gut ein, für lediglich 13 % waren die Leistungen mangelhaft oder schlecht. Ziel der von LWV-Mitar- beiter Christian Schwarz im Studien- gang „Public Management“ angefertig- ten Abschlussarbeit war es zu erfahren, wie mündliche und schriftliche Kontak- te mit LWV-Mitarbeitern, auch „Bescheide“, von Menschen mit geisti- ger Behinderung erlebt und wahrge- nommen werden. Versandt wurden ins- gesamt 500 in leichter Sprache verfas- ste Fragebögen, 225 Antworten kamen zurück und lassen verallgemeinerungs- fähige Schlussfolgerungen zu. Eine davon war, dass besonders junge (unter 30 Jahre) und ältere Klienten

(über 60 Jahre) mit den Leistungen des LWV zufrieden sind. Generell ist die Zufriedenheit von der Kontaktintensität abhängig. Persönliche Gespräche mit LWV-Mitarbeitern haben eine höhere Zufriedenheit zur Folge. Die Befragten wurden auch nach Verbesserungswün- schen befragt. 75 % wünschen sich Verbesserungen in den Bereichen einfachere Post, mehr Informationen, mehr persönliche Gespräche mit LWV-Mitar- beiterinnen und mehr Mitbestimmung. Persönliche Gespräche mit den Menschen mit Behinderung finden momentan vor allem in Form von Gesamtplange- sprächen oder Hilfeplankonferenzen statt. Die positiven Auswirkungen der Gespräche zu Kenntnisstand und insbe- sondere Zufriedenheit der Befragten lassen darauf schließen, dass diese Instrumente sehr positiv durch die

len die Mitarbeiter noch intensiver in der Gesprächsführung mit Menschen mit Behinderung geschult werden.

Neu erschienen

LWV Hessen, Referat Überregionale Sonder- schulen: „Bericht über die Erfahrungen und Ergebnisse der pädagogischen Frühförderung von Kindern mit Hörschädigung, Sehbehinde- rung, Blindheit und Autismus in Hessen – Berichtszeitraum: 01.01.2006 bis 31.12.2006“, Broschüre 2007

LWV Hessen, Steuerung für den Überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Recht, Grundsatz: „Richt- linien für das Begleitete Wohnen von behinder- ten Menschen in Familien“, Broschüre 2007

LWV Hessen, Regionalmanagement 204.2: „Infoblatt zum Hess. Landesblindengeldge- setz“, Druckschrift 2007

LWV Hessen, Zielgruppenmanagement für Menschen mit einer körperlichen oder einer Sinnesbehinderung – Funktionsbereich Pla- nung, Qualitätssicherung: „Betreutes Wohnen für Menschen mit körperlicher Behinderung – Erläuterungen zu fachlichen und strukturellen Anforderungen des Wohnangebotes“, Bro- schüre 2007

| Die Publikationen können unter www.lwv-hessen.de heruntergeladen werden.

Sie sind als Printausgaben im Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit erhältlich.

Tel.: 05 61 / 10 04 – 20 60,

E-Mail: iuk@lwv-hessen.de.



Im Gespräch (v. l.): Jörg Oehmichen, Sachbearbeiter im Regionalmana- gement Wiesbaden des Zielgruppenmanagements für Menschen mit einer geistigen Behinderung, und Brigitte Bettenbruch. Sie ist Mitarbei- terin der Werkstatt für Menschen mit Behinderung der Schlocker-Stif- tung, Hattersheim.

Foto: Christian Schwarz

Betroffenen ange- nommen werden. Einen kritischen Punkt hat die Untersuchung auch ausgemacht: Über den LWV selbst und seine Aufgaben wissen die Befragten ver- gleichsweise wenig, 55 % mus- ten hier passen. Dieses Defizit ein wenig auszuglei- chen, hat sich das Zielgruppenmana- gement vorge- nommen: Zurzeit entstehen Bro- schüren in „leichter Sprache“. Auch sol-

Fortsetzung von Seite 1

„Sicherheit zuerst“ in Bad Emstal – Neue Klinik für forensische Psychiatrie geht in Betrieb

Der Bau einer forensischen Klinik für die nord- und mittelhessischen Gerichtsbezirke war notwendig geworden, weil die Zahl der von den Gerichten eingewiesenen Rechtsbrecher seit Jahren wächst. „Die Klinik wird durch ihre Arbeit dazu beitragen, dass die Menschen in Hessen in Sicherheit leben können, da sie therapiewilligen und –fähigen suchtkranken Rechtsbrechern einen Weg zurück in die Gesellschaft eröffnet“, hob LWV-Chef Brückmann während der Feierstunde im vollbesetzten Mehrzweckraum der neuen Klinik hervor. Die Sicherheit der Bevölkerung werde auch durch ein dichtes und belastbares Sicherheitskonzept gewährleistet, das mit dem Landeskriminalamt abgestimmt wurde.

Da das Bauvorhaben seinerzeit in Bad Emstal für Diskussionen sorgte, hatten Gemeinde und LWV 2001 eine begleitende vertragliche Vereinbarung unterzeichnet. Die in der Vereinbarung aufgelisteten „7 Punkte“ habe der LWV Punkt für Punkt abgearbeitet und so seine gegebenen Zusagen erfüllt, betonte Brückmann: „Wir beschränken die Kapazität der Klinik auf 84 Plätze und haben die lang leerstehende ‚Alte Schule‘ mit neuem Leben erfüllt. Die Klinik wird nur Patienten aus der Gruppe der suchtkranken Rechtsbrecher aufnehmen. Auch wurden in Merxhausen keine Forensikpatienten im offenen Vollzug in die Allgemeinpsychiatrie aufgenommen. Bereits 2002 wurde der

zugesagte Forensikbeirat gegründet, der Planung und Bau der Klinik eng begleitete und weiter wirken wird. Die Krankenpflegeschule des ZSP Kurhessen hat in den vergangenen Jahren zusätzliche Ausbildungsplätze für Bad Emstal und die Region bereit gestellt.

Schließlich werden wir Patienten, die zur Entlassung anstehen, dabei unterstützen, sich außerhalb der Region niederzulassen. An diesen sieben Punkten können Sie erkennen: Der LWV Hessen hat sein Wort gehalten.“

Mit der Entscheidung für den Standort Merxhausen hätten HSM und LWV eine richtige Wahl getroffen, da hier sowohl die erforderliche Infrastruktur wie auch das personelle und fachliche Know-how vorhanden sei: „Die Planungs- und Bauzeit haben wir genutzt, um einen fachlich versierten Mitarbeiterstamm auszu-



Feierstunde in Bad Emstal (erste Reihe v. r.): Ralf Pfeiffer, Bürgermeister Bad Emstal; Landesdirektor Uwe Brückmann, Staatssekretär Gerd Krämer; Regierungspräsident Lutz Klein; Ingeburg Gründer-Schäfer, Vorsitzende der Betriebskommission des ZSP Kurhessen; Susanne Nöcker, Psychiatriereferentin im Hessischen Sozialministerium; Birgit von Hecker, Ärztliche Direktorin der forensischen Klinik, und Dieter Sommer, Krankenpflegedirektor.

Foto: Jörg Daniel

wählen und weiter zu qualifizieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden hochmotiviert in ihre anspruchsvolle Aufgabe einsteigen“, sagte Brückmann und verwies darauf, dass durch die Inbetriebnahme der Forensik der Psychiatriestandort Bad Emstal gestärkt werde. Durch die neue Klinik entstehen bei Vollbelegung bis zu 180 qualifizierte Arbeitsplätze. (jda)

| Weitere Informationen unter www.lwv-hessen.de/Gesundheit/Forensik

Daten zur Klinik

- Gesamtkapazität 84 Plätze, davon im Klinikhauptgebäude 69 Plätze und in der „Alten Schule“ 15 Plätze (offener Therapiebereich)
- Kostenrahmen: 18,9 Mio. Euro für Gesamtbaumaßnahme (Haushaltsansatz HSM), 200.000 Euro Denkmalschutzmittel „Alte Schule“ (Hess. Ministerium für Wissenschaft und Kunst), 700.000 Euro Umbau der „Alten Schule“ (Eigenanteil LWV), 2,0 Mio. Euro für Erstausrüstung der Klinik (Haushaltsansatz HSM)
- Das Sicherheitskonzept entstand in enger Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt und enthält im hochgesicherten Bereich u. a. eine Fensterverglasung in Manganstahl ansonsten mit zerstörungssicherer Verglasung, einer 3,50 m hohen, videoüberwachten Zaunanlage, einem Schleusensystem und einer Personennotrufanlage.



Das Hauptgebäude der neuen Klinik.

Foto: Michael Grün

2008: 475 Jahre Hohe Hospitäler



Aus dem Zisterzienserkloster wurde ein Hohes Hospital: Historische Gebäude des heutigen Zentrums für Soziale Psychiatrie Haina gGmbH.

Foto: ZSP Haina (Kloster)

An **einem** Tag, nämlich am 26. August 1533, wurden durch Stiftung Landgraf Philipps von Hessen die Hohen Hospitäler in Merxhausen und Haina gegründet. Zwei Jahre später widmete der von den Ideen der Reformation erfüllte Landesherr im südhessischen Hofheim eine Pfarrei zum dritten Hospital um. Seit 1904 trägt das Philipphos-

pital den Namen seines Stifters. Mit dem vierten, heute nicht mehr erhaltenen Hospital zu Gronau schloss Philipp 1542 ein in dieser Zeit einmaliges sozialpolitisches Programm ab. In allen Landesteilen standen kranken, bedürftigen und schwachen Frauen und Männern der Landbevölkerung Asyle zur Verfügung, wo sie aufgenommen wurden

und – für die damalige Zeit - unter guten Bedingungen leben konnten. Die Hohen Hospitäler waren nachhaltige Schöpfungen: Aus den Hospitälern wurden Heilanstalten, später entwickelten sich die Heilanstalten zu Psychiatrischen Krankenhäusern weiter. Aus diesen entstanden Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie als Kernstücke der heutigen Zentren für Soziale Psychiatrie - über mehr als 50 Jahre unter der Trägerschaft des LWV. Ab 2008 übernimmt die neu gegründete LWV-Gesundheitsmanagement GmbH die unternehmerische Verantwortung für inzwischen mehr als 30 spezialisierte Kliniken. 2008 ist zugleich ein doppeltes Jubiläumsjahr: Vor 475 Jahren wurden die Hohen Hospitäler in Merxhausen und Haina gegründet, vor zehn Jahren begann mit den „Zentren für Soziale Psychiatrie“ ein neuer Abschnitt in der hessischen Krankenhausgeschichte. Beide Anlässe sollen im kommenden Jahr gewürdigt werden - mit einer zentralen Festveranstaltung am 20. Mai in Haina sowie mit dezentralen Veranstaltungen in Merxhausen und Riedstadt. Neben den Festveranstaltungen wird zum Jubiläum ein wissenschaftlicher Sammelband erscheinen.

Die Vorbereitungen trifft eine Projektgruppe unter Leitung von Beigeordnetem Dr. Peter Barkey.

„Effizienter, leistungsfähiger und sicherer Maßregelvollzug“

Im Juli hat der Hessische Landtag das Gesetz über den Maßregelvollzug geändert.

Ziel der Gesetzesnovelle ist es, „die Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Bestand psychiatrischer Einrichtungen beim LWV nachhaltig zu sichern“, sagte Sozialministerin Silke Lautenschläger. Das Gesetz unterstütze die Umwandlung von Einrichtungen in gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung. „Dieser Schritt soll es dem LWV ermöglichen, die flexiblen Strukturen des Privatrechts mit der bewährten Erfahrung eines öffentlich-rechtlichen Trägers zu verbinden“, unterstrich die Sozialministerin. „Das Gesetz ist die

Grundlage dafür, zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen. Durch die Privatisierung der Rechtsform auf der einen Seite schaffen wir effizientere Strukturen. Das kommt sowohl dem Träger wie auch den Patienten zugute. Auf der anderen Seite tragen wir Sorge dafür, dass der hochsensible Bereich des Maßregelvollzugs auch künftig mit seinem Kern in den Händen der öffentlich-rechtlichen Träger verbleibt. Es bleibt dabei: Für die hessische Landesregierung steht im Maßregelvollzug die Sicherheit der Bevölkerung an allererster Stelle“, resümierte die Ministerin. Zur Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen gehöre, dass die

ärztlichen Direktorinnen und Direktoren beim öffentlich-rechtlichen Träger LWV verbleiben; das werde unmittelbar durch das Gesetz festgeschrieben. Auch das übrige ärztliche Leitungspersonal wird weiterhin direkt beim LWV beschäftigt. In der Landtagsdebatte war die positive Entwicklung dieser Aufgabe in den LWV-Kliniken hervorgehoben worden. Hessen nehme eine Spitzenposition in Deutschland ein und verfüge über einen „effizienten, leistungsfähigen und sicheren Maßregelvollzug“, sagte CDU-Sprecher Alfons Gerling. Auch Grünen-MdL Dr. Andreas Jürgens lobte den LWV als „verlässlichen Träger“. (jda)

LWV fördert PSKB mit rund 2,18 Mio. Euro

48 Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen (PSKB) in Hessen erhalten auch in diesem Jahr finanzielle Zuschüsse des LWV Hessen. So beschloss der LWV-Verwaltungsausschuss im September, trotz der schwierigen Finanzsituation, die hessischen PSKB mit rund 2,18 Mio. Euro für das Jahr 2007 zu fördern. Damit kann die Arbeit der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen gesichert werden.

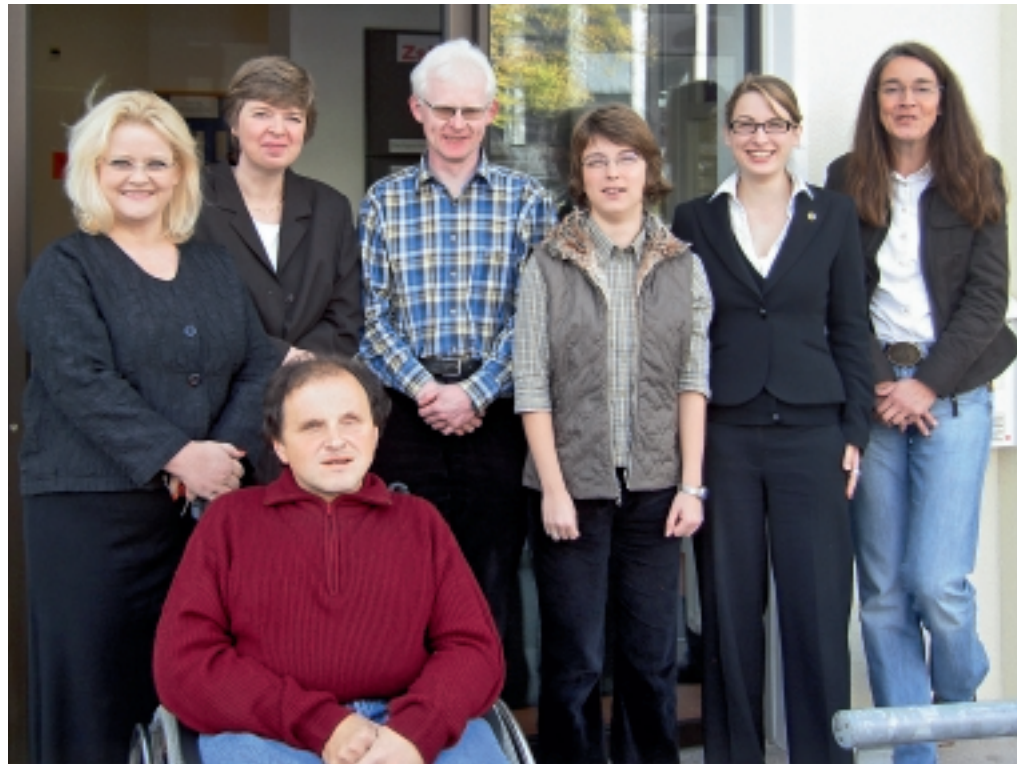
Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen sind bei einer psychischen Erkrankung als niedrigschwelliges Angebot erste Anlaufstelle für Menschen, die unter psychischen Krankheiten und unter seelischen Problemen leiden. Auch deren Familienangehörige können die Angebote der PSKB nutzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PSKB beraten und begleiten Menschen bei Krisen, Ängsten, Zwängen

und Depressionen. In den Anlaufstellen werden den Betroffenen weiterführende Hilfestellungen vermittelt. Die PSKB sind ein wesentlicher Baustein der gemeindepsychiatrischen Versorgung in Hessen. Sie sind in der Regel Teil Psychosozialer Zentren. Besucher und Patienten finden dort neben den oben geschilderten Angeboten häufig auch Tagesstätten, Betreutes Wohnen und Werkstattangebote. (rvk)

Umgesetzt: Innovative Modelle bei fab und IB

Gemeinsam mit der örtlichen Bundestagsabgeordneten Nicole Maisch hat Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil im Oktober den in Kassel ansässigen „Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter“ (fab) besucht. Bei Geschäftsführerin Elke Thimsen informierte sich die Erste Beigeordnete über aktuelle Projekte wie das „Wohnen im Übergang“. „Der fab als Selbsthilfeorganisation und Anbieter von Dienstleistungen für behinderte Menschen ist ein wichtiger Kooperationspartner des LWV“, sagte die Erste Beigeordnete. Der LWV schätze fab, weil er neue, innovative Hilfeformen erprobe. Hilfen, die das Selbstbestimmungsrecht behinderter Menschen fördern, fanden daher das besondere Interesse der Ersten Beigeordneten. Diese müssten passgenau und personenzentriert konzipiert sein, erläuterte sie. Neue Ansätze erführen in den Projekten des fab ihren Praxistest, das dort gewonnene Wissen könne bei vielen weiteren Projekten genutzt werden. Der Verein wurde 1987 von Menschen mit Behinderungen gegründet. Seitdem hat er ein umfassendes Beratungs- und Dienstleistungsangebot für behinderte Menschen aufgebaut.

Einige Tage zuvor stand der Heilpädagogische Wohn- und Betreuungsverband des Internationalen Bundes (IB) in Frankfurt im Mittelpunkt einer Visite der Ersten Beigeordneten, bei dem sie von Bundestagsabgeordneter Anna Lührmann begleitet wurde. Verbundgeschäftsführer Michael Thiele und Einrichtungsleiter Ulrich Holzapfel zeigten dort, wie herkömmliche Trennlinien zwischen stationären und ambulanten



Besuch beim fab (v. l.): Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil; Elke Thimsen, Geschäftsführerin des fab; Georg Riester, Abteilungsleiter ambulanter Hilfsdienst; Elke Helberg, Abteilungsleiterin unterstütztes Wohnen; Nicole Maisch, MdB; und Kathleen Eichelkraut, fab-Praktikantin. Im Vordergrund Pandelis Chatzievniou, beim fab für das Projekt Persönliches Budget verantwortlich.

Foto: fab

Angeboten überwunden werden können. In der erst Ende letzten Jahres eröffneten Wohneinrichtung leben 30 zum Teil schwerstmehrfach behinderte junge Menschen. „Um selbst gesetzten Ansprüchen gerecht zu werden, muss ein Träger permanent neue Angebote entwickeln“, so Thiele. Alle Angebote seien darauf ausgerichtet, vernetzt und durchlässig zu sein. „Der individuelle Hilfeanspruch der Menschen mit Behin-

derung ist die Messlatte einer modernen Behindertenhilfe. Flexible und auf den Einzelfall ausgerichtete Hilfen wie hier tragen dazu bei“, unterstrich Evelin Schönhut-Keil. (jda)

| Weitere Infos zum fab stehen im Internet unter www.fab-kassel.de bereit; Informationen zum IB gibt es unter www.ib.de

Denkmalschutzpreis für „Alte Schule“

Für die Sanierung der „Alten Schule“ in Bad Emstal-Merxhausen hat der Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, den LWV mit dem Hessischen Denkmalschutzpreis 2007 ausgezeichnet. Die „Alte Schule“ ist Teil der neu in Betrieb genommenen Klinik für forensische Psychiatrie und wird bis zu 15 suchtkranke Rechtsbrecher aufnehmen, die dort im offenen Bereich den letzten Teil ihrer Therapie durchlaufen. Das fast 30 Jahre leerstehende Gebäude wurde entsprechend einer Vereinbarung mit der Gemeinde in den vergangenen Jahren für rund 2,7 Mio. Euro denkmalgerecht saniert. Es wurde

1896 im Stil der Neo-Renaissance errichtet und lange Zeit als Wohngebäude des Ärztlichen Direktors und Gästehaus der damaligen Heilanstalt genutzt. Später diente es als Schulhaus, vor dem Leerzug wurde es wieder für therapeutische Zwecke verwendet. Die Urkunde nahm Landesdirektor Uwe Brückmann gemeinsam mit den Architekten Mirja Siegmann und Helmut Ritter in Rüdeshelm entgegen. (jda)



Ist wieder ein Schmuckstück Merxhausens: Die „Alte Schule“ erhielt den Denkmalschutzpreis des Landes Hessen.

Foto: Michael Grün

Qualitätsberichte – mehr Transparenz?



Seit einigen Jahren für Krankenhäuser verbindlich: Qualitätsberichte. Foto: Monika Brauns

Zum Selbstverständnis von Krankenhäusern gehört inzwischen die Erkenntnis, nicht nur Verantwortung für die Gesundheit von Patienten zu tragen, sondern auch Teil einer wirtschaftlich, ja unternehmerisch agierenden Organisation zu sein. Die Organisation Krankenhaus befindet sich im Wettbewerb mit anderen Marktteilnehmern. Der Markterfolg wird nicht durch eine dauerhafte, sichere Alimentation durch Kostenträger erzielt, sondern durch fallweise Entscheidung der Nachfrager. Immer mehr, durch die Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre forcierte Instrumente versuchen dabei, die „rationale Entscheidung“ von Patienten,

Bewohnern, Nutzern etc. für eine bestimmte Dienstleistung zu unterstützen. Dies ist der Gedanke des „Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderung“, dies ist auch der Hintergrund dafür, mehr entscheidungsrelevante Informationen für (potentielle) Patienten von Krankenhäusern verfügbar zu machen. Durchaus fehlt es nicht an kritischen Stimmen, die diese Instrumente nicht als Königsweg eines humaneren Gesundheitswesens ansehen, unter anderem auch deshalb, weil Patienten nicht mit der selben „Konsumentenouveränität“ auftreten (können) wie Kunden eines Elektroniksupermarktes. Auch merkt man den seit einigen Jahren für Krankenhäuser verbindlichen Qualitätsberichten an, dass sie in der technizistischen Form, wie sie gegenwärtig verfasst und publiziert werden, eher Weg als Ziel sind. Das Ziel heißt eindeutig: mehr Transparenz. Die Klinik gibt durch den Qualitätsbericht eine Selbstauskunft über die quantitativ und ansatzweise auch qualitativ geleistete Arbeit eines verstrichenen Zeitraumes. Trotz gesetzlicher Vorgaben passiert dies gegenwärtig noch in sehr unterschiedlicher Art und Weise. Da die Qualitätsberichte für Endverbraucher meist nur schwer konsumierbar sind, unterziehen

sich Krankenkassen und Krankenkassenverbände der Mühe, die eingegangenen Datenmengen aufzubereiten und sie ihren Mitgliedern verfügbar zu machen. Ähnlich wie die Qualität der Berichte schwankt, so unterschiedlich aufschlussreich sind auch die im Internet verfügbaren Analysen. Dem mitunter formulierten Anspruch, „Klinikführer“ zu sein, werden sie nicht immer gerecht. Das Projekt „Qualitätsbericht“ ist daher auch für die LWV-Kliniken ein „work in progress“ und mit Sicherheit ein Zukunftsthema für die neue LWV-Gesundheitsmanagement GmbH. (jda)

Was ist ein Qualitätsbericht?

Der Qualitätsbericht gibt einen systematischen Überblick über das Qualitätsmanagement eines Krankenhauses. Dieser Überblick zählt Leistungen nach Art, Anzahl und Qualifikation einer Klinik auf. Der Qualitätsbericht richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit mit dem Ziel, für diese eine Informations- und Entscheidungshilfe im Vorfeld einer Krankenhausbehandlung zu geben. Die Pflicht der Krankenhäuser, ihren Bericht zu veröffentlichen, garantiert mehr Transparenz für Patienten und Krankenkassen.

Quelle: www.qualitaetsbericht.de

Nach der Reform ist vor der Reform

In den somatischen Disziplinen sollen Fallpauschalen, sog. „DRGs“, eine leistungsgerechte Abrechnung medizinischer Leistungen der Kliniken sichern. Ernsthaftige Bestrebungen, DRGs auch für eine psychiatrische Krankenhausbehandlung einzuführen, gibt es derzeit nicht. Auch im internationalen Vergleich haben sie sich dort, wo sie erprobt wurden, nicht durchsetzen können. In den USA wurden sie 1984 eingeführt, vier Jahre später wieder abgeschafft: „DRGs in der Psychiatrie sind deshalb sowohl aus medizinisch-fachlicher als auch aus ökonomischer Sicht als ein ‚administrativer Kunstfehler‘ bezeichnet worden“, sagte Joachim Hübner, stellvertretender Leiter des Fachbereichs Einrichtungen der LWV-Hauptverwaltung und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser, im September bei einer Tagung in Köln. Bei der Veranstaltung skizzierte Hübner

den zu erwartenden ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab 2009. Auf diesen Termin arbeiteten Bundesgesundheitsministerium, Krankenkassen und Fachverbände hin, bei einem „tagesbezogenen, pauschalierten Vergütungssystem“ werde es voraussichtlich bleiben. Dreh- und Angelpunkt für die Krankenhausträger ist dabei die Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV). 1991 geschaffen, enthalte sie die Kernpunkte einer ausreichenden, zweckmäßigen und wirtschaftlichen stationären Behandlung, definiere sie umfassende Qualitätsstandards. Das Problem aber sei, so Hübner, dass der Psych-PV die Budgetobergrenzen der Bundespflegesatzverordnung gegenüber stünden. Durch tarifliche Personalkostensteigerungen einerseits und Deckelung durch die Budgetvorgaben andererseits könne die Psych-PV immer seltener eingehalten werden. Eine Untersuchung der „Aktion psy-

chisch Kranke e. V.“ habe bereits für 2004 ergeben, dass der Erfüllungsgrad in der Erwachsenenpsychiatrie bei 90, in der Kinder- und Jugendpsychiatrie bei 88 % liege. Damit sei eine „kritische Untergrenze“ erreicht, bei der die (gesellschaftlich zu tragenden) Behandlungskosten beispielsweise durch Drehtüreffekte und chronifizierte Krankheitsverläufe stiegen statt zu sinken. Um dieser Entwicklung zu begegnen, haben im Januar 13 Fachverbände Eckpunkte für ein zukunftsfähiges Entgeltssystem vorgelegt. Es fordert die Erfüllung der Psych-PV und nimmt neue, innovative Versorgungsformen auf. Ein Ansatz, um dem Phänomen „Volkskrankheit psychische Störung“ wirksam und wirkungsvoll entgegenzutreten. (jda)

| Den Beitrag Joachim Hübners finden Sie im online extra des LWV-Info unter www.lwv-hessen.de/Presse/LWV-Info

Baby-Spezialsprechstunden

Ein wenige Monate alter Säugling schreit dauernd ohne einen für die Eltern ersichtlichen Grund, verweigert den Brei oder hat keinen gesunden Schlafrythmus – die Familie ist deshalb am Ende ihrer Kraft und Nerven. Das führt zu immensen Problemen im Alltag dieser Familie. Hilfe bieten hier sog. Baby-Sprechstunden. Die Ambulanz der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters (KPPKJ) Kassel bietet seit April und die Außenstelle der Klinik in Witzenhausen seit Juni solche Spezial-Sprechstunden für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern an.

Beide Teams helfen den Eltern herauszufinden, was die Kinder mit ihrem Verhalten ausdrücken wollen, unterstützen sie dabei, diese Probleme zu lösen und ein entspanntes Familienleben zu entwickeln. Zu den Untersuchungs- und Behandlungsmethoden gehören etwa videogestützte Diagnostik, allgemeine Entwicklungsberatung, Tagesablaufberatung oder auch Kurzzeittherapien für Eltern und Kind. Die Hilfe der Ambulanz kann von den Eltern direkt mit der Versi-

chertenkarte in Anspruch genommen werden.

Wie bei allen psychiatrischen Problemen kann am Besten mit früh einsetzenden, abgestimmten Maßnahmen geholfen werden. Auch deshalb kooperieren die Ambulanzteams mit Kinder- und Hausärzten, Hebammen sowie der Familien- und der Jugendhilfe in ihren Regionen.



Baby-Sprechstunde bei Jutta Henning, Kinderärztin und Psychotherapeutin in der KPPKJ Kassel. Foto: Ralf Heinemann

| Nähere Information und Anmeldung zur Babysprechstunde
- in Kassel bei: Jutta Henning
Tel.: 05 61 / 3 10 06-0 oder
E-Mail: jutta.henning@zsp-kurhessen.de

sowie
- in Witzenhausen bei: Barbara Thorpe,
Tel.: 0 55 42 / 5 01 38 60 oder:
barbara.thorpe@zsp-kurhessen.de

Wenn Familie und Beruf zusammenpassen



Beruf und Familie: Landesdirektor Uwe Brückmann erhält das Zertifikat von Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen (links); rechts Dagmar Wöhrl, Parl. Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium.

Foto: berufundfamilie® - Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Der LWV hat sich mit seiner Hauptverwaltung erfolgreich auf den Weg zum familiengerechten Arbeitgeber gemacht: Nach einem mehrmonatigen Audit durch die Initiative berufundfamilie® erhielt der LWV kürzlich das „Grundzertifikat berufundfamilie®“. „Mit dem Audit und der nun erfolgten Zertifizierung wollen wir zeigen, dass ein Arbeitgeber Einiges zur Vereinbar-

keit von Familie und Beruf beitragen kann“, sagte Landesdirektor Uwe Brückmann in Berlin. Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen stünden dabei nicht im Gegensatz, beide Seiten würden Vorteile aus dem familiengerechten Umbau des Arbeitsalltages ziehen, unterstrich der LWV-Chef, dem die Zertifizierung auch ein persönliches Anliegen ist: „Mit einer familienbewuss-

ten Personalpolitik binden wir qualifizierte Beschäftigte enger an unser Haus, können Fluktuation, Fehlzeiten und Überbrückungszeiten verringern. Auch zur Bewältigung des demografischen Wandels können wir einen Beitrag leisten.“ Das Zertifikat bescheinigt dem Kommunalverband, eine familienbewusste Personalpolitik zu verfolgen und die Etablierung einer nachhaltigen, familienorientierten Unternehmenskultur eingeleitet zu haben.

Dem Audit, das von allen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft empfohlen wird, hat sich zunächst die LWV-Hauptverwaltung unterzogen. 60 % der 687 Mitarbeiter in Kassel sind weiblich, die Teilzeitquote liegt bei rund 29 %. Bereits umgesetzt wurde ein Arbeitszeitmodell mit Gleitzeit und weitreichenden Übertragungsmöglichkeiten. Beschäftigte, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen, können zusätzliche Gleittage nehmen. Der LWV praktiziert flexible, individuelle Teilzeitmodelle, auch für Führungspositionen, und bietet zahlreiche Telearbeitsplätze an. Der Gleichstellung dient ein Frauenförderplan. Demnächst geht es an einen Katalog neuer Maßnahmen. Auch die LWV-Regionalverwaltungen in Wiesbaden und Darmstadt sollen in das Konzept einbezogen werden. (jda)

Verbesserte Versorgung bei schizophrenen Störungen

Ein zwischen dem Landesverband der Betriebskrankenkassen und der Riedstädter Walter-Picard-Klinik abgeschlossener Vertrag zur integrierten Versorgung soll die Heilungschancen für Patienten mit schizophrenen Störungen verbessern. Stellen sich nach einer Erprobungsphase die erwarteten Verbesserungen ein, können weitere LWV-Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie der Vereinbarung beitreten. Kontinuität in Betreuung und Therapie sind bei Patienten mit schizophrenen Störungen für eine erfolgversprechende Behandlung unerlässlich. Brüche im Therapieverlauf sind häufig Grund für Rückfälle. Dagegen verbessert eine kontinuierliche Behandlung die Prognose nachweislich. Das Pilotprojekt wartet daher mit einer Reihe von zusätzlichen

therapeutischen Maßnahmen auf: Zunächst werden die Patienten durch ihren Nervenfacharzt oder die Klinik über das Programm aufgeklärt und zu einer regelmäßigen Wahrnehmung der Therapietermine angehalten. Die Klinik kontrolliert über ein Monitoring- und Remindersystem, ob dies geschieht. Wenn Termine vom Patienten versäumt wurden, verabreden Arzt und Klinik, wie angemessen interveniert werden kann. In der Walter-Picard-Klinik wird eine rund um die Uhr verfügbare Anlaufstelle eingerichtet. Stärker als bisher sollen Umgebung und persönliche Bindungen des Patienten berücksichtigt werden. Nach dem Konzept der psychoedukativen Familienintervention werden der Patient, seine Angehörigen sowie enge Bezugsperso-

nen gemeinsam über Krankheit und Behandlungsmethoden aufgeklärt. Sie sollen so Krisen frühzeitig erkennen und durch geeignete Strategien abwenden können. Zu lernen, mit der Krankheit umzugehen und darüber Rückfälle zu vermeiden, ist wesentliches Ziel der Gruppensitzungen. Die psychoedukative Familienintervention hat sich als zuverlässiges Instrument zur Senkung von Rückfällen und eines adäquaten Umgangs mit der Erkrankung erwiesen. (jda)

| Weitere Informationen bei Prof. Dr. Hartmut Berger, Ärztlicher Direktor der Walter-Picard-Klinik Tel.: 0 61 58 / 1 83-2 01, www.zsp-philippshospital.de

Schwerbehinderte Mitarbeiter: LWV-Quote steigt auf 9 %

Ende 2006 arbeiteten in den Verwaltungsdienststellen des LWV und dessen Regie- und Eigenbetrieben 678 schwerbehinderte Menschen. Somit wuchs der Anteil im vergangenen Jahr gegenüber 2005 von 8,68 % auf 9,03 %. Die SGB IX-Quote von 5 % wie auch die Vorgabe der Verbandsversammlung von 6 % werden damit deutlich übertroffen. „In unserer Funktion als hessisches Integrationsamt weisen wir immer wieder darauf hin, dass behinderte Mitarbeiter in jedem Unternehmen wertvolle Arbeit leisten können. Ich freue mich sehr, dass wir durch den seit Jahren wachsenden Anteil in unseren Dienststellen mittlerweile eine Vorreiterrolle übernommen haben“, bilanzierte Landesdirektor Uwe Brückmann im Verwaltungsausschuss des LWV. In den vergangenen fünf Jahren konnte der LWV seine Beschäftigungsquote stetig von 7,38 % auf 9,03 % steigern. Anstrengungen unternimmt der LWV auch bei der Ausbildung: Für junge schwerbehinderte Menschen werden beim LWV in verschiedenen Berufen Ausbildungsplätze angeboten. In den Integrationsvereinbarungen zur Teilhabe behinderter



Elena Lotzgeselle (r.) startete am 1. September ihre Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten. Zu Beginn ihrer Ausbildung wird sie von Udo Schade im Servicebereich Personal und Organisation der LWV-Hauptverwaltung ausgebildet.

Foto: Brhan Zerefa

Menschen am Arbeitsleben wurde für die Verwaltungsdienststellen vereinbart, dass – soweit die erforderlichen Qualifikationen vorliegen – pro Jahr

mindestens ein Ausbildungsplatz mit einer jungen schwerbehinderten Frau oder einem jungen schwerbehinderten Mann besetzt wird. Brhan Zerefa/(jda)

„Verrückt? Na und!“

Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Kassel startete im Mai an nordhessischen Schulen das Projekt „Verrückt? Na und!“. Es ist die Fortsetzung des von der Klinik im vergangenen Jahr begonnenen Schulprojektes „Schule und seelische Gesundheit - Was die Seele krank macht“, an dem sich 15 nordhessische Schulen beteiligten (siehe LWV-Info 01/2007). Mit „Verrückt? Na und!“ soll zur Förderung seelischer Gesundheit in Schulen beigetragen und bei Jugendlichen sollen Vorurteile zu psychischen Erkrankungen abgebaut werden. Zudem sollen die Schüler ihre Ängste überwinden, um offen über eigene Probleme sprechen zu können. Dadurch können psychische Krankheiten früher erkannt werden und ihnen kann so effektiver entgegengewirkt werden.

Das Projekt läuft in Schulklassen ab dem 9. Schuljahr. Ein Team von Moderatoren, die Mitarbeiter der psychiatrischen Versorgung sind, und Menschen, die selbst eine psychische Erkrankung erlebt haben, führen es gemeinsam mit den Schülern durch.

Kernpunkt des Projektes sind Gespräche der Schüler mit den Betroffenen. Hierbei dürfen Fragen gestellt und Erfahrungen ausgetauscht werden. Ziel des Schulprojektes ist es, um die nordhessischen Schulen herum ein Netzwerk aufzubauen, das auch Kontakte zu professionellen Helfern vermittelt.

Der sehr einfache Aufbau des Projekts bewirkt, dass es ganz nach den Bedürfnissen der Schüler ausgerichtet werden kann. So werden Situationen geschaffen, in denen die Schüler über die Ursachen von psychischen Krankheiten und

eigenen seelischen Belastungen nachdenken. Sie setzen sich mit sich selbst auseinander und lernen, was sie für ihre seelische Gesundheit tun können. Das Projekt wird jeweils einen Tag mit einer Klasse durchgeführt und endet mit einer Präsentation, in der die Schüler ihre Ergebnisse und Erfahrungen vorstellen.

Das Projekt, das vom Leipziger Verein „Irrsinnig Menschlich“ ins Leben gerufen wurde, läuft schon seit längerem in anderen Bundesländern. Bisherige Auswertungen dazu machten deutlich, dass Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischer Erkrankung nachhaltig reduziert wurden. Die Schüler zeigten auch über das Schulprojekt hinaus Interesse und beschäftigten sich weiterhin mit dem Thema. (hüb)/(rvk)

Den Hesttag „mit anderen Sinnen sehen“



Birgit Meister, Mitarbeiterin der Johann-Peter-Schäfer-Schule (sitzend), erläutert Ministerpräsident Roland Koch (Bildmitte), wie eine Braille-Schreibmaschine funktioniert. Mit am Stand (v. r.): Landesdirektor Uwe Brückmann; Anke Koch, Gattin des Ministerpräsidenten; und Rolf Gnadl, Landrat des Wetteraukreises.

Foto: LWV-Pressestelle

Blinde und sehbehinderte Menschen empfangen Signale, die ihre nicht eingeschränkten Mitmenschen im wahren Sinn des Wortes häufig übersehen. Statt zu Fühlen, zu Hören oder zu Riechen übernehmen die Augen viele Aufgaben der Orientierung und Wahrnehmung. Zu einer ganz besonders „sinn-vollen“ Erfahrung lud daher der LWV im Juni auf dem Hesttag in Butzbach ein. Gemeinsam mit der vom LWV getragenen Johann-Peter-Schäfer-Schule aus dem benachbarten Friedberg, in der blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche betreut werden, wurden die Besucher des Hesttagsstandes auf einen „Parcours der 3 Sinne“ geschickt. Auf dem in Halle 1 der Landesausstellung aufgebauten Parcours ging es darum, Gegenstände und Erscheinungen des Alltages wiederzuerkennen – ohne Gebrauch der Augen. Begleitet von LWV-Mitarbeitern und mit verdeckten Augen machten sich die vielen Standbesucher auf den Weg und versuchten zunächst, einen wechselnden Untergrund durch Kontaktaufnahme mit Händen und Füßen zu erkennen. Die Lösungen lauteten Rindenmulch, Betonplatte und Kunstrasen – noch vergleichsweise einfach zu identifizieren.

Schwieriger wurde es beim Riechen: Weckte Zimt Assoziationen als gängige Milchreiszutat, fühlten sich bei Nelken viele an Weihnachtsgebäck erinnert, ohne dies spezifizieren zu können. Eine geriebene Ingwerwurzel hingegen war den Meisten fremd, „Zitrone“ oder „Sauna“ wurde spekuliert. Beim Hören kam es auf die Vorstellungskraft an.

Ohne zu sehen viel erleben: Junge Standbesucher auf dem Parcours der Sinne, begleitet von den LWV-Mitarbeitern Gloria Alheid, Rolf Schlieckmann und Steffen Prauß.

Foto: LWV-Pressestelle

Wer die hatte, fühlte sich unter dem Kopfhörer inmitten eines Bienen-schwarms, sah Raketen am Himmel aufsteigen und Gewitterwolken am Horizont aufziehen. Gleich, wie erfahren oder kreativ ein Besucher war – eine Belohnung gab's in jedem Fall, auch eine Einladung, die kleine, aber illustrative Ausstellung mit Lehr- und Lernmitteln der Friedberger Schule zu besuchen, die zum Beispiel ein 18-bändiges, großformatiges deutsch-französisches Wörterbuch in Brailleschrift neben die viel kompaktere Schwarzschriftausgabe stellte. Dort gab es auch etwas zum mit nach Hause nehmen: Schüler/innen und Lehrpersonal der Johann-Peter-Schäfer-Schule stellten mit einer besonderen Schreibmaschine einen Kartonstreifen her, auf dem der Name des Gastes in Brailleschrift zu lesen war.

Mit einer weiteren Veranstaltung befand sich der LWV im Begleitprogramm des Hesttages: Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund lud das LWV-Integrationsamt zu einer Tagung zum Thema „Betriebliches Eingliederungsmanagement“ ein. Rund 80 Schwerbehindertenvertreter sowie Betriebs- und Personalräte berieten dort zu einer präventiven betrieblichen Gesundheitspolitik und zur nachhaltigen Integration von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben. (jda)



Auch Schulverwaltung unter einem Dach

In Zukunft werden alle Schulen in Trägerschaft des LWV einheitlich im Geschäftsbereich des Beigeordneten Dr. Peter Barkey durch das Referat Überregionale Sonderschulen verwaltet. Damit erhält das von Erika Carstensen-Bretheuer geleitete Referat auch die Zuständigkeit für die Schulen für Erziehungshilfe und die Schulen für Kranke in den Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters an den Standorten Kassel, Marburg, Herborn, Riedstadt und Eltville. Die Schulen für Kranke werden von den Verwaltungen der Schulen für Sinnesgeschädigte mitbetreut.

| Weitere Informationen im Referat für überregionale Sonderschulen, Tel.: 05 61 / 10 04 – 22 04.

Abenteurer im Drachenboot

... erlebten sechs mehrfachbehinderte blinde Kinder der Johann-Peter-Schäfer-Schule, als sie im September mit einem aufregend gestalteten 12 Meter langen Paddelboot auf dem Main „in See stachen“. Nach einer kurzen Einweisung des Team-Kapitäns und Steuer-mannes erkundeten sie das nach einem chinesischen Vorbild gestaltete Boot der Verkehrsgesellschaft Frankfurt. Dann ertönte das Ablegekommando: „Links abstoßen!“. Die Fahrt verlief Main aufwärts, im Westhafen wurden verschiedene Manöver durchgeführt. Abschließend ging es noch einmal auf den Fluss, diesmal in Richtung Offenbach. Am Ende war die einhellige Mei-



Die Schüler der Johann-Peter-Schäfer-Schule im Drachenboot der Verkehrsgesellschaft Frankfurt. Foto: Johann-Peter-Schäfer-Schule

nung: „Das war klasse, das wollen wir noch mal machen.“
Brhan Zerefa

Dienstvereinbarung gilt nun bis 2009

Landesdirektor Uwe Brückmann, Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil, Gesamtpersonalratsvorsitzender Manfred Huberti und seine Stellvertreterin Martina Maurer haben im Juli die aktualisierte Dienstvereinbarung über die Verwaltungsreform der Zentralverwaltungen des LWV Hessen unterzeichnet. Die Dienstvereinbarung gilt nun bis zum

31. Dezember 2009 und setzt den Rahmen für die weiteren Reformschritte beim Umbau der Verwaltungsdienststellen. Dabei gilt: Während der Laufzeit der Dienstvereinbarung wird auf betriebsbedingte Beendigungs- und Änderungskündigungen verzichtet. (jda)



Verwaltungsreform beim LWV fortsetzen (v. l.): Martina Maurer, stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrates; Manfred Huberti, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates; Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil und Landesdirektor Uwe Brückmann bei der Unterzeichnung der Dienstvereinbarung.

Foto: Jörg Daniel

Walter-Picard-Preis ausgeschrieben

Am 31. Oktober ging die Ausschreibungsfrist für den „Walter-Picard-Preis“ zu Ende. Mit dem Preis zeichnet der LWV besondere Verdienste in der gemeindepsychiatrischen Versorgung der hessischen Bevölkerung aus. Er ist mit 5.000 Euro dotiert und wird 2008 zum vierten Mal vergeben. Mit der Auslobung des Preises will der LWV an den Offenbacher Psychiatriereformer Walter Picard erinnern, aber auch Reformideen der Psychiatrie-Enquete unterstützen sowie zu ehrenamtlichem Engagement zu Gunsten psychisch kranker Menschen ermutigen. Den Preis können Einzelpersonen oder Institutionen, insbesondere auch Initiativen des „nicht-institutionellen“ Bereichs erhalten. Ein Komitee bewertet die Vorschläge und schlägt dem LWV-Verwaltungsausschuss die Preisträger vor. Der Preis wird am 10. März 2008, dem Todestag Prof. Picards, durch Landesdirektor Uwe Brückmann verliehen.

| Weitere Informationen unter www.lwv-hessen.de

„BAGÜS“ tagt in Kassel

In der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGÜS) haben sich 23 Landesbehörden und Kommunalverbände in der Bundesrepublik Deutschland zusammengeschlossen, um sich dort auf eine möglichst einheitliche und abgestimmte Anwendung des Sozialgesetzbuches (SGB) XII (Sozialhilfe) zu verständigen. Auch trägt die Arbeitsgemeinschaft Daten aus dem Leistungsgeschehen ihrer Mitglieder zusammen, um daraus Kennziffern als Vergleichsgrundlage zu entwickeln und Erkenntnisse für die

Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu gewinnen. Dieser Zielsetzung diente auch eine Tagung der BAGÜS im Frühjahr, die rund 40 Vertreter/innen der Mitgliedsverbände ins Kasseler Ständehaus führte, das wegen der zentralen Lage der Stadt schon des öfteren Treffpunkt der Sozialexperten war. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die von einer internen Arbeitsgruppe vorgelegte Orientierungshilfe, die bei der Entscheidung, ob eine wesentliche Behinderung vorliegt, Handreichungen geben soll. Sie würde, so betonte

Katharina Daume, Leiterin der Steuerungsstelle für den überörtlichen Sozialhilfeträger beim LWV, zu größerer Sicherheit in der Fallbearbeitung und -steuerung beitragen. Es sei notwendig, sich aus einer Vielzahl von Gründen über die Kriterien für das Vorliegen einer wesentlichen Behinderung zu verständigen, nur einer unter ihnen sei der Kosten- und Modernisierungsdruck, unter dem die Behindertenhilfe gegenwärtig stehe. Auch müssten, so Daume, neue Möglichkeiten bei Diagnostik und Versorgungsgestaltung einbezogen werden. Neue Klassifikationsinstrumente würden Behinderung schärfer als Beeinträchtigung einer Teilhabe in den Fokus nehmen. Im folgenden Fachbeitrag skizzierte Alfred Jakoby vom LWV-Fachdienst zur Feststellung des Hilfebedarfs Instrumentarien und Verfahren, die zur individuellen Feststellung einer wesentlichen Behinderung eingesetzt werden. Das Nachmittagsprogramm diente der Fachdiskussion und vermittelte nähere Informationen zu spezifischen Behinderungsbildern. (jda)



BAGÜS-Experten auf dem Podium (v. l.): Dr. Birgit Bruck, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS); Prof. Dr. Gerhard Haas (KVJS); Dr. Franz Schmeller (KVJS); Alfred Jakoby, LWV Hessen, und Lothar Flemming, Landschaftsverband Rheinland.

Foto: Monika Brauns

| Weitere Informationen zu den Ergebnissen der Tagung bei Alfred Jakoby unter 05 61 / 10 04 – 27 96. Infos zur BAGÜS gibt es im Internet unter www.bagues.de

Bewegender Besuch in der Gedenkstätte

Wir, acht Auszubildende des LWV aus den Ausbildungsjahrgängen 2006 und 2007, erhielten die Gelegenheit, in der Gedenkstätte Hadamar an der Veranstaltung „Wie wurde der Krankenmord möglich?“ teilzunehmen. In Hadamar trafen wir auf weitere Auszubildende aus Darmstadt und Wiesbaden. Nach einer kurzen „Aufwärmphase“ schilderte Uta George, pädagogische Mitarbeiterin der Einrichtung, in einem Vortrag die grausamen Fakten, die den systematischen Krankenmord durch das NS-Regime an über 10.000 Kindern, Frauen und Männern im Jahre 1941 sowie den 4.422 Menschen in der Zeit zwischen den Jahren 1942 bis 1945 möglich machten. Anschließend begann unser Rundgang mit einem ersten Halt an der authenti-

schen Busgarage, in der die Opfer ankamen. Es folgte ein Gang in die Kellergewölbe der Einrichtung – der gleiche, den auch die Opfer gehen mussten – in denen sowohl eine Gaskammer als auch ein Seziertisch im Originalzustand erhalten sind. Spätestens an diesem Punkt der Veranstaltung war uns allen die tiefe Ergriffenheit und das absolute Unverständnis anzumerken. Auf dem Friedhof klärte Uta George über die Massengräber, aber auch über die nach dem Krieg errichteten symbolischen Gräber auf. Unsere letzte Station bildete die Ausstellung mit Schriftstücken und Kurzbiografien der Opfer. Nathalie Mohr, Sekretärin im zweiten Jahr, ist überzeugt davon, dass ihr der Gang in die Kellerräume am längsten in Erinnerung bleiben wird:

„Man konnte sich gut in die Gefühlslage der Opfer hineinversetzen, da sie den gleichen Weg gehen mussten.“
 „Am meisten betroffen gemacht hat mich die Ausstellung, weil die Einzelschicksale so authentisch dargestellt wurden“, sagt Janina Scholl, Auszubildende zur Fachangestellten für Bürokommunikation im zweiten Lehrjahr.
 Brhan Zerefa

| 2006 zählte die Gedenkstätte Hadamar 14.288 Besucher/innen; 469 Führungen und 71 Seminare und Studientage fanden statt. Weitere Informationen unter Tel.: 0 64 33 / 9 17 – 1 72 und im Internet unter www.lwv-hessen.de/Geschichte.

Bewegtes Arbeitsleben – am Schreibtisch

„Von der Menschheitsentwicklung her ist es eine ganz kurze Spanne, die uns von den Jägern und Sammlern trennt, die sich ja intensiv bewegt haben...“ LWV-Betriebsärztin Dr. Tamara Lehmann spricht hier einen Grundkonflikt des Menschen in Wohlstandsgesellschaften an, der materiell im gut versorgten 21. Jahrhundert wurzelt, dessen Bewegungsapparat sich aber in den letzten Jahrtausenden kaum verändert hat. Aus diesem Grunde verfügt der Mensch über all die genetischen Anlagen, die er benötigt, um aktiv und bewegungsreich seinen Alltag zu meistern – für die Meisten aber fehlt dazu die Gelegenheit: Besonders in den letzten Jahrzehnten ist Bewegung - dank perfektionierter Transportsysteme und veränderter Arbeitswelt - ein Mangelgut geworden. Sowohl berufliches wie auch privates Leben lassen Bewegungsmangel und Überernährung zu einem ernst zu nehmenden Problem werden. Die Folge für ewige „Sitzenbleiber“: Erkrankungen des Bewegungsapparates, die nicht nur durch Bewegungs-

mangel, sondern auch durch bewegungsmonotone Schreibtischarbeiten hervorgerufen werden, stehen auf der Rangliste von Gründen für Arbeitsunfähigkeit der Arbeitnehmer/innen ganz oben, weiß Dr. Lehmann. Gerade die Bewegungsarmut am Computer führe schon bei Kindern und Jugendlichen zu Folgeerscheinungen, die früher erst nach langjähriger Berufspraxis diagnostiziert werden mussten. „Inzwischen treffen wir auf siebzehn- und achtzehnjährige Schülerinnen und Schüler, die wir zu Bandscheibenoperationen schicken müssen.“

„Wie kann fehlender Bewegung entgegengewirkt werden?“ ist daher eine Frage, die sich jede/r Einzelne, schon aus dem eigenen Interesse an der Gesunderhaltung in jeder Lebensphase stellen sollte. Gute Empfehlungen und Tipps gibt es jede Menge. Schon eine Stunde Bewegung am Tag kann helfen, einseitige Belastungen auszugleichen,



Dr. Tamara Lehmann, Betriebsärztin in der Hauptverwaltung des LWV Hessen.

Foto: privat

empfiehlt die Betriebsärztin. Aber auch verantwortungsvolle Arbeitgeber sehen sich in der Pflicht, die Gesundheit ihrer Mitarbeiter/innen zu fördern, die ja künftig auch jenseits der Sechzig noch geraume Zeit beruflich aktiv bleiben (müssen). Dies hat auch der LWV erkannt: Beim Kommunalverband soll dazu künftig ein „Arbeitskreis Gesundheit“ Fragen gesundheitsfördernder Arbeitsbedingungen aufgreifen und zu konkreten Vorschlägen gelangen. Stefan Laupichler/(jda)

„Gegen Bewegungsmangel am Arbeitsplatz“ Betriebsärztin Dr. Tamara Lehmann empfiehlt:

Möglichkeiten zur Bewegung schon beim Weg zur Arbeit nutzen: Fahrrad oder Fußweg statt Auto; man kann auch ein oder zwei Haltestellen früher aus dem Bus oder der Straßenbahn steigen.

Allgemein gilt: Bewegung in den Alltag integrieren, nicht aus Bequemlichkeit vermeiden.

Statt Aufzug fahren Treppen laufen. In der Mittagspause einen kleinen Gang machen.

Arbeitsvorgänge, die es neben der Computerarbeit noch gibt, „untermischen“.

Bei einem Telefonat oder einer kurzen mündlichen Absprache aufstehen.

Den „Abteilungsdrucker“, der aus dem Bürostuhl in das benachbarte Zimmer zwingt, benutzen.

Gegebenenfalls Sideboards, Stehpulte und höhenverstellbare Schreibtische benutzen, um den Teufelskreis des monotonen Sitzens zu durchbrechen. In den Arbeitspausen Gymnastik und/oder Dehn- und Kräftigungsübungen mit einem Dehnband machen.

| Ein ausführliches Interview mit Dr. Tamara Lehmann finden Sie im online extra dieser Info-Ausgabe unter www.lwv-hessen.de



Entspannt die Halswirbelsäule: Kopf nach rechts drehen, Kinn anheben - einatmen; Kopf geradeaus und nach vorne beugen – ausatmen; dann Kopf nach links drehen, Kinn anheben und einatmen. Die Übung 5-mal wiederholen, die Hände dabei locker auf die Oberschenkel legen.

Quelle: „Gymnastik im Büro“ – www.vbg.de

Metall-Implantat verbessert Behandlung von Wirbelschäden



Dr. Jürgen Kaiser mit dem Tantal-Implantat.

Foto: Michael Neumann

Die Orthopädische Klinik (OK) Kassel hat mit mehr als 100 erfolgreichen Ope-

rationen als einzige nordhessische Klinik eine neue Methode bei der Behandlung von Wirbelschäden etabliert. Das neue Verfahren bedeutet einen wesentlichen Fortschritt für die Patienten.

Vor rund zwei Jahren setzte Dr. Jürgen Kaiser, Leiter der Wirbelsäulenchirurgie an der OK, als Erster in Deutschland ein Tantal-Implantat ein, um Schäden an Wirbelkörpern zu beseitigen, Wirbelsegmente zu versteifen und die Wirbelsäule zu stabilisieren. Mittlerweile wird diese Operationsmethode regelmäßig bei Wirbelbrüchen, Tumoren oder auch verschlissenen Bandscheiben angewendet.

Das neu verwendete Implantat weist die gleiche Druckfestigkeit und Elastizität wie ein Knochen auf. Es besteht zu

98 % aus dem Metall Tantal und ist schwammartig porös so dass Blutgefäße und so genannte Knochenbälkchen einwachsen können. Vorteile der neuen Methode für die Patienten liegen laut Dr. Kaiser vor allem darin, dass eine Knochenentnahme vom Beckenkamm nicht mehr erforderlich ist und dass ein einfaches Stützmiel einen bewegungseinschränkenden Gipsverband in der Reha-Phase ersetzt. Ein weiterer Vorteil ist zudem die relativ schnelle Schmerzfreiheit nach dem Eingriff. (rvk)

| Nähere Informationen bei:

Dr. Jürgen Kaiser,

Tel.: 05 61 / 30 84 – 2 40

jkaiser@okkassel.de

Führer durch Psychriemuseen

„Locating the Soul“ ist nicht der neueste Film von Fatih Akin, sondern der Zweititel eines jüngst im Frankfurter Mabuse-Verlag erschienenen zweisprachigen Katalogs, der unter dem Haupttitel „Verortungen der Seele“ die Psychriemuseen Europas vorstellt. Neben Beiträgen, die das Themenfeld der Psychriemuseen darstellen, werden Museen und Gedenkorte porträtiert und mit praktischen Hinweisen für Besucher ergänzt. Der Band enthält auch Beiträge zu den Ausstellungen, die der LWV an seinen Klinikstandorten installiert hat. Artikel beschreiben die Gedenkstätte Hadamar sowie die Psychriemuseen in Haina und Herborn. Auch die Dauerausstellungen in Marburg, Gießen, Weilmünster und Riedstadt werden skizziert.

| Rolf Brüggemann, Gisela Schmidt-Krebs: *Verortungen der Seele – Locating the Soul. Psychriemuseen in Europa, Frankfurt am Main 2007* (Mabuse-Verlag)

Kommunalverbände beraten zu Eingliederungshilfe

„Sowohl bei den Angeboten für das Wohnen als auch bei der beruflichen Teilhabe für Menschen mit Behinderung wird es in den kommenden Jahren einen weiter steigenden Bedarf geben“, betonten im April der an der Spitze der Höheren Kommunalverbände beständige Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), Udo Molsberger, und Landesdirektor Uwe Brückmann für den gastgebenden LWV bei einer Tagung der Vereinigung in Wiesbaden. Dabei sei die bereits eingeleitete Umsteuerung von stationären Wohnformen hin zu ambulanten Angeboten wie dem Betreuten Wohnen ein unverzichtbares Instrument, um Wünschen nach mehr Selbstbestimmung nachzukommen, aber auch, um die finanziellen Herausforderungen bewältigen zu können. Vertreter von 17 Höheren Kommunalverbänden aus dem ganzen Bundesgebiet waren in der hessischen Landeshauptstadt auf Einladung des LWV zu einer Plenartagung zusammengekommen, um zu sozialpolitischen Sachfragen zu beraten.

Absehbar sei, dass die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die auf Wohnangebote angewiesen sind, weiter steigen wird. Die Gründe liegen in der deutlich höheren Lebenserwartung wie auch in einer verringerten fami-

liären Versorgung. Dass sich der Bedarf nach Plätzen in Wohnheimen (stationäre Wohnform) bereits seit einigen Jahren deutlich verlangsamt habe, führten die Sozialexperten auf die erfolgreiche Umsteuerung in ambulante Hilfeformen wie dem Betreuten Wohnen zurück. Die Umsteuerung sei dort effizienter, wo eine einheitliche Zuständigkeit des Kostenträgers vorliegt („Hilfen aus einer Hand“). In der „Ambulantisierung“ von Hilfen sahen die Teilnehmer der Tagung ein geeignetes Instrument, um die Eingliederungshilfe bedarfsgerecht zu gestalten und sie zugleich finanzierbar zu halten.

Ebenso werde der Bedarf an Werkstätten- und Tagesstättenplätzen ansteigen. Ein Parameter hierfür sei die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie die abnehmende Bereitschaft, Menschen mit geringerer Leistungsfähigkeit zu integrieren bzw. einzustellen. Besonders hohe Zugangszahlen verzeichnen daher die Tagesstätten/Tagesförderstätten, die Beschäftigungsangebote unterhalb der Werkstattanforderungen unterbreiten. (jda)

| Mehr zu den Höheren Kommunalverbänden unter www.kommon.de

Neubau in Haina

Wenige Wochen nach dem ersten Spatenstich legte LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann Mitte Mai gemeinsam mit der Klinikleitung und Bürgermeister Rudolf Backhaus den Grundstein für den Neubau der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Haina. Ende Oktober waren bereits der Rohbau fertiggestellt und die Fenster eingesetzt. So konnte im November planmäßig der Innenausbau starten.

Der Neubau der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Haina besteht aus einem zweigeschossigen Bau in einer L-Form. Dort sollen zwei Stationen mit je 20 Betten sowie weitere Funktionsräume für neue therapeutische Angebote untergebracht werden. Der Neubau, dessen Kosten sich auf rd. 5 Mio. Euro belaufen, die das Land Hessen finanziert, soll in gut einem Jahr Bauzeit fertiggestellt sein. Die neu geschaffenen Räume ersetzen dann ein anderes Gebäude, das den Anforderungen einer zeitgemäßen psychiatrischen Behandlung nicht mehr genügt. Mit dem Neubau, in dem nur noch Ein- und Zweibettzimmer mit Nasszellen zur Verfügung stehen werden, wird nicht nur das Betreuungs- und Unterbringungsange-

bot verbessert, sondern auch die Arbeitssituation für die Beschäftigten optimiert. Die Klinik bildet dann mit all ihren Abteilungen auf dem Gelände eine räumliche Einheit. (rvk)

Versenkten mit Hilfe des Poliers Jürgen Rest die Zeitkapsel im Grundstein (v. l.): ZSP-Betriebsleiter Jürgen Hammerschlag, LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann, Krankenpflegedirektorin Lydia Woelk-Dietrich und der Ärztliche Direktor Dr. Rolf Speier

Foto: Martina Caspari



Eine Tagesklinik – zwei Eröffnungsveranstaltungen

Die Tagesklinik Hanau der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie der Rehbergpark gGmbH öffnete im Januar ihre Pforte (s. LWV-Info 1/07). Ende April erfolgte dann im Rahmen einer kleinen Feierstunde mit Vertretern des Main-Kinzig-Kreises und der Stadt Hanau die offizielle Eröffnung. Damit nicht genug: Mit einer Fachtagung zum Thema „Psychisch kranke Kinder und ihre Eltern/Kinder psychisch kranker Eltern – ein interdisziplinäres Arbeitsfeld“ gab es quasi noch eine fachliche Eröffnung der neuen Einrichtung.

Zu der Fachtagung waren rund 120 Fachleute, unter ihnen niedergelassene Mediziner, Mitarbeiter aus Jugend- und Gesundheitsämtern, Beratungsstellen

und Schulen, erschienen. Zunächst gab die Leiterin der Hanauer Tagesklinik, Dr. Annette Duve, einen Überblick über die neue Einrichtung und deren Leistungsspektrum. Anschließend beleuchteten unterschiedliche Vorträge mit anschließenden Diskussionen psychische Erkrankungen bei Eltern oder Kindern und deren Einfluss auf den jeweils anderen Familienteil. Dabei kristallisierte sich heraus, dass die Belastungen, denen etwa Kinder durch die Erkrankung ihrer Eltern ausgesetzt sind, bislang häufig nicht erkannt oder unterschätzt worden sind. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie ein Austausch der unterschiedlichen für Kinder- und Jugendliche zuständigen Einrichtungen, so ein Ergebnis der Fachtagung, ist unbedingt notwendig. (rvk)

3. Frauenfachtagung in Hadamar

Unter dem Titel „Puzzled woman – von der Fragmentierung zur Integration“ findet die dritte Hadamarer Frauenfachtagung, organisiert von der Frauenstation, vom 2. bis 3. Juni 2008 statt. Geplant ist ein Fachaustausch aller Berufsgruppen, die bei der Behandlung von Frauen im Maßregelvollzug tätig sind.

| Das Programm kann angefordert werden unter Tel.: 0 64 33 / 9 17 – 2 48 oder im Internet unter www.zsp-hadamar.de heruntergeladen werden.

Aufklärung diesseits und jenseits des Atlantiks

Ein Deutschland-Besuch im vergangenen Jahr, bei dem Kassel und Hadamar zwei Etappen bildeten, lieferte US-amerikanischen Wissenschaftlern wertvolle Anregungen und Erkenntnisse, um erstmals eine Ausstellung für die USA vorzubereiten, die sich dem Zusammenhang von medizinischer Ethik und NS-„Euthanasie“-Verbrechen widmet. „How Healing Becomes Killing. Eugenics, Euthanasia, Extermination“ wurde im September im Holocaust Museum Houston/Texas eröffnet. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Gasmorde von 1940/41 und damit die sechs Gasmordanstalten. Die Geschichte der Tötungsanstalt Hadamar in der Zeit von 1941 bis 1945 wird besonders anschaulich dargestellt, weil auf zahlreiche Originaldokumente, darunter einige LWV-Leihgaben, zurückgegriffen werden konnte. Außerdem stellte das National Archive in Washington Originaldokumente aus der ehemaligen Landesheilanstalt Hadamar zur Verfügung, die in dem Prozess vor dem amerikanischen Militärgericht 1945 in Wiesbaden als Beweisstücke dienten: ein Sterbebuch, ein Hauptkrankenverzeichnis und ein Apothekenbuch, alle aus den Jahren 1944/45. Auf Einladung des Veranstalters nahm der Leiter der Gedenkstätte Hadamar, PD Dr. Georg Lilienthal, an der Eröff-

nungsfeier teil. Er wies in seiner Ansprache auf die Vorläuferfunktion der NS-„Euthanasie“-Verbrechen für den Holocaust hin und betonte, dass Aufklärung über diese historischen Bezüge diesseits und jenseits des Atlantiks notwendig bleibe. Lilienthal sieht in dem gemeinsamen Ausstellungsprojekt eine gute Basis für künftige weitere Kooperationen. Erstmals werde einem interessierten Publikum in den USA die Geschichte der Tötungsanstalt Hadamar auch anhand zahlreicher Originalexponate vorgestellt. Ergänzend zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen, der überwiegend aus Aufsätzen zu den „Euthanasie“-Verbrechen und den einzelnen Tötungsanstalten besteht. (jda)



Marci Dallas, Direktorin für die Sonderausstellungen des Holocaust Museums in Houston (2. v. r.), mit ihren Gästen aus deutschen und österreichischen Gedenkstätten vor dem Museumsgebäude. Foto: Gedenkstätte Hadamar

„Job 4000“ in Hessen

Gemeinsam mit dem Hessischen Sozialministerium und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit will der LWV in Hessen das Bundesprogramm „Job 4000“ auf den Weg bringen. Das

Programm soll für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung neue Impulse setzen. In der Herbst-Plenartagung der Verbandsversammlung informierte Landesdirektor Uwe Brückmann die Abgeordneten darüber, dass von 2007 bis 2009 zusätzlich rund 300 schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler im Übergang von der Schule in den allgemeinen Arbeitsmarkt durch das Netz der Integrationsfachdienste begleitet und unterstützt werden. Für diesen Programmschwerpunkt stellt das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung den hessischen Integrationsfachdiensten 950.000 Euro zur Verfügung. Im gleichen Zeitraum sollen 85 neue Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und 42 neue Ausbildungs-

plätze entstehen. Hier ist das Bundesarbeitsministerium mit rund 1,7 Mio. Euro dabei. Für beide Programmteile stellt das Integrationsamt des LWV die Komplementärfinanzierung bereit: Rund 1,7 Mio. Euro sollen aus dem Vierten Schwerbehindertenprogramm eingesetzt werden. Brückmann unterstrich die Bedeutung der Programmziele: Der LWV Hessen habe als Träger des Integrationsamtes und als Träger der überörtlichen Sozialhilfe ein hohes Interesse daran, Übergänge aus Schulen und Werkstätten für behinderte Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dabei seien regionale Netzwerke und Berufswegekonferenzen wichtige Bestandteile für das Gelingen der Projekte, die auf überörtlicher Ebene koordiniert werden sollen. (jda)



„Job 4000“: Impulse für die Beschäftigung behinderter Menschen. Foto: Adam Opel GmbH

Erste Vereinbarung zur leistungsorientierten Vergütung

Vielfach als „Jahrhundertwerk“ gerühmt, löste 2005 der „Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst“ (TVöD) den in die Jahre gekommenen BAT ab. Er bietet seitdem für alle Tarifkräfte – die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten wurde aufgehoben – einen einheitlichen tariflichen Rahmen und soll auch einer stärkeren Leistungsorientierung zum Durchbruch verhelfen. Grundlage dafür ist § 18 des neuen TVöD, der nach Ablauf einer Übergangsphase einen leistungsbezogenen Vergütungsbestandteil verbindlich vorsieht. Das Problem dabei: Wie wird (Mehr-)Leistung definiert und auf welcher Ebene wird sie gemessen?

Beim LWV haben diese Überlegungen nun erstmals zu einer konkreten Handlungsanleitung geführt: Im Juli wurde die erste Vereinbarung für LWV-Dienststellen fixiert, sie gilt fortan für die in Trägerschaft des LWV stehenden Schulen. Nach der Dienstvereinbarung können die Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter zusätzlich zum normalen Entgelt eine jährliche Leistungsprämie erhalten. Grundlage dafür ist eine zwischen jeweiliger Führungskraft und Beschäftigtem abgeschlossene Zielvereinbarung und der Grad ihrer Erfüllung, der in sogenannten Leistungspunkten gemessen wird. Der Punktwert in Euro ist für alle Beschäftigten gleich, unabhängig von der tariflichen Entgeltgruppe. Die Leistungsprämie wird jeweils am Jahresende ermittelt und im Dezember ausbezahlt.

Mit der Dienstvereinbarung übernehmen die Schulen eine Pilotfunktion innerhalb des LWV. Erfahrungen, die bei Erarbeitung und Anwendung der Vorgaben gesammelt werden, fließen in Vereinbarungen für die übrigen Aufgabenfelder ein. An diesen Vereinbarungen wird noch gefeilt.
Friederike Seitz/(jda)

Siehe auch: [Drei Fragen an den Experten](#)

Drei Fragen an den Experten



Peter Erbe, Steuerungsstelle für Controlling, Personal- und Organisationsmanagement der LWV-Hauptverwaltung

Foto: Friederike Seitz

Leistung prämiert

LWV-Info: Leistungsprämie – was spricht für zentrale und was für dezentrale Lösungen?

Erbe: Einerseits bedarf es sicherlich zentraler Vorgaben der Betriebsparteien, andererseits ist gerade die individuelle Umsetzung dieser Vorgaben in den einzelnen Organisationseinheiten entscheidend für den Erfolg dieses neuen Führungsinstruments.

LWV-Info: Erwarten Sie durch die Leistungsprämien höhere Effizienz oder bessere Dienstleistungsqualität?

Erbe: Beides sind erklärte Ziele des TVöD. Zugleich sollen Motivation, Eigenverantwortung und Führungskompetenz gestärkt werden.

LWV-Info: Um es etwas konkreter zu machen: Können Sie uns ein Berechnungsbeispiel für die unterzeichnete Dienstvereinbarung geben?

Erbe: Ausgangsbasis sind die ständigen Monatsentgelte des Vorjahres. Hiervon werden 1 % leistungsbezogen ausgeschüttet. Sind hiernach z. B. in einer Frühförderstelle 4.000 Euro auszuschütten und wurden dort insgesamt im Rahmen der Zielerreichung 1.000 Punkte erzielt, so entspricht ein Punkt 4 Euro. Haben Sie z. B. 80 Punkte erzielt, so erhalten Sie eine Prämie in Höhe von 320 Euro.



Dienstvereinbarung unterzeichnet (v. l.): Thomas Bergmann, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates; Manfred Huberti, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates; Landesdirektor Uwe Brückmann und Beigeordneter Dr. Peter Barkey.

Foto: Jörg Daniel

Suchttherapie in Hadamar

Einer kürzlich vorgelegten Untersuchung der Universität Frankfurt zufolge ist der Cannabis-Konsum junger Menschen in der Mainmetropole leicht rückläufig. Die Wissenschaftler registrierten zwischen 2003 und 2006 einen Rückgang bei denjenigen, die schon einmal Cannabis konsumiert hatten, um 10 %.

Zahlen aus anderen Großstädten bestätigen diesen Trend. Für eine Entwarnung gibt es jedoch keinen Grund: Nach wie vor stellen Rauschmittel eine ernst zu nehmende Gefahr für die Gesundheit junger Menschen dar, zumal inzwischen unumstritten ist, dass es einen Zusammenhang zwischen Dro-

genkonsum und der Anfälligkeit für psychische Erkrankungen gibt. Als Folge eines chronischen Cannabismissbrauchs kann es neben einer wachsenden Abhängigkeit vom Suchtmittel zu Hirnschädigungen kommen. Die Konsumenten haben zunehmende Schwierigkeiten, sich zur Teilnahme am sozialen Leben zu motivieren, unterliegen einer überdurchschnittlichen Unfallgefahr. Sie sind dem sechs-

fachen Risiko, an einer Psychose zu erkranken, ausgesetzt. Vergiftungen durch Cannabis führen zu Halluzinationen, Wahnideen, Verlangsamung, Angst- und Panikattacken sowie zu Lern- und Gedächtnisstörungen. Für die Fachwelt nicht neue, aber noch immer erschreckende Informationen, die Dr. Gundula Rippen, stellvertretende Ärztliche Direktorin der Hadamarer Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, bei einer Tagung zur Suchttherapie im August bereit hielt. Dem Vortrag Rippens schlossen sich knappe, konzentrierte Beiträge zu den suchttherapeutischen Hilfeangeboten des Zentrums für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg gemeinnützige GmbH in Hadamar an, in denen stationäre, teilstationäre und ambulante Behandlungskonzepte vorgestellt wurden. Suchtkranken kann geholfen werden und die Behandlung ist gut, wenn sie auf die spezielle Problematik der Kranken eingeht und gemeindenahе und pragmatische Lösungen anbietet, resümierte Dr. Heinrich Leising, Ärztlicher Direktor der Klinik. (jda)

| Weitere Informationen:
Dr. Gundula Rippen,
Tel.: 0 64 33 / 9 17 – 3 77



Breitgefächertes suchttherapeutisches Angebot: Das Zentrum für Soziale Psychiatrie Am Mönchberg in Hadamar.

Foto: ZSP Am Mönchberg

Gefahrentraining für hörgeschädigte Kinder

„Achtung Auto“ heißt das Gefahrentrainingsprogramm, das von Pädagogen und dem ADAC speziell für gehörlose und schwerhörige Kinder entwickelt wurde. Es zielt darauf ab, Kindern den richtigen Umgang mit kritischen Alltagssituationen im Straßenverkehr zu vermitteln. Für hörgeschädigte Kinder sind diese oftmals noch schwieriger einzuschätzen. Deshalb nehmen Kinder der Schule am Sommerhoffpark regelmäßig einen Tag lang am Gefahrentraining teil. Anhand einfacher Übungen begreifen die Kinder schnell, wie Situationen im Verkehr einzuschätzen sind. Bei einer Übung werden sie aufgefordert, sich in einer Reihe aufzustellen. Nun sollen sie entlang einer am Boden aufgemalten Linie so schnell laufen wie sie können. Natürlich schießen die mei-

sten über das Ziel hinaus. Anhand dieses einfachen Beispiels erkennen die Kinder, dass auch ein Auto bei voller Geschwindigkeit nicht abrupt abbremsen kann.

Am Ende lässt sich das Erlebte in einem Wort zusammenfassen: „Cool“. Das erzählen zumindest die Kinder der Schule am Sommerhoffpark in Gebärdensprache.

Brhan Zerefa

| Nähere Informationen: Georg von Gierke
Tel.: 0 69 / 24 26 86 – 0, E-Mail:
georg.v.gierke@lww-hessen.de

Innovationen für den Mittelstand

Der Gewinner ist ein Integrationsunternehmen: In diesem Jahr ging der Innovationspreis der Initiative Mittelstand an die „Pro Dokument gGmbH“, ein Tochterunternehmen der Sozialgruppe Kassel e. V. Prämiert wurde die Gesellschaft, die 35 Mitarbeiter/innen, darunter 25 Menschen mit Behinderung, beschäftigt, für ihre innovativen Dienstleistungen. Der 2002 mit Unterstützung des LWV-Integrationsamtes gegründete Betrieb bietet digitale Dokumentenarchivierung, Aktenvernichtung und manuelle Datenerfassung an. Täglich werden bis zu 200.000 Blatt Papier gescannt. Unter Einhaltung hoher Sicherheitsstandards können maschinell bis zu 8 Tonnen Belege vernichtet werden. (jda)

„Waldecho“ zu neuem Leben erweckt

Im Köpperner Tal ist nach über 26 Jahren erstmals wieder ein Echo zu vernehmen. Gemeint ist die Patientenzeitung „Waldecho“, die im Waldkrankenhaus Köppern von einer kleinen Redaktion zu neuem Leben erweckt wurde. Von 1975 bis 1981 erschienen insgesamt 22 Hefte des Periodikums, das sich damals wie heute als Sprachrohr für die Patienten des Waldkrankenhauses versteht. Im Juli erschien die erste Ausgabe dieses Jahrtausends; die vielen positiven Reaktionen motivierten Georg Ringelstetter und Bernhard Schappert weiterzumachen - schon im Oktober legten sie die nächste Nummer vor. Stand die erste Generation des Heftes thematisch ganz unter dem Eindruck der Psychatrieenquete, liegt den Redakteuren heute viel an Aufklärung: „Wir wollen Betroffenen Wege aufzeigen, wie sie am besten mit ihrer Krankheit zurecht kommen können. Gleichzeitig werben wir bei unserer ‚gesunden‘ Leserschaft um Verständnis und Akzeptanz für Patienten in psychiatrischen Einrichtungen“, benennt Ringelstetter, der schon 1975 dabei war, die Ziele des Redaktionsteams. Waldecho berichtet über die



Viel Echo aufs Waldecho: Die Redakteure Georg Ringelstetter (l.) und Bernhard Schappert. Foto: Dieter Becker

einzelnen Schritte der Suchtkrankenbehandlung, die von der Entgiftung über die Langzeittherapie bis hin zur ambulanten Versorgung reicht. An anderer Stelle üben sie Kritik an gängigen Rehabilitationsmaßnahmen oder lassen – anonymisiert – eine Patientin zu Wort kommen, die mit Angststörungen und psychotischen Episoden ins Kranken-

haus eingeliefert wurde. Doch nicht jede „Story“ dreht sich um krankheitsspezifische Themen, auch Unterhaltendes und Komisches sind zu finden. Dieter Becker/(jda)

| Weitere Informationen zum Waldecho bei Dieter Becker unter Tel.: 0 61 75 / 7 91-4 08

Orthopädische Klinik erhält neue Fassade

Seit dem Sommer wird an der Orthopädischen Klinik (OK) in Kassel gebaut: Die Fassade des Bettenhauses wird komplett saniert, wärmeisoliert und optisch attraktiv hergerichtet; 230 Fenster werden durch neue mehrfach verglaste ersetzt. Außerdem wird die gesamte Heizungsanlage erneuert. Die Baukosten von rund 1,7 Mio. Euro stammen aus Eigenmitteln der Klinik. Durch die Sanierung sollen die Heizkosten um mindestens ein Drittel reduziert werden. Für das Vergabeverfahren – die Arbeiten wurden in separaten Gewerken ausgeschrieben – hat OK-Geschäftsführer Volker Horn bereits ein dickes Lob von Handwerkskammerpräsident Gerhard Repp eingestrichen: „Durch die Aufteilung in Lose können wir – wie schon bei früheren Baumaßnahmen – ausschließlich heimische Firmen für die Ausführung der Modernisierungsmaßnahmen wählen, um die Unternehmen in

der Region zu unterstützen und hier Arbeitsplätze zu sichern“, beschreibt Horn das Verfahren – laut Repp „vorbildlich und zur Nachahmung empfohlen“. Bauarbeiten bei laufendem Betrieb – da leidet mitunter die sonst übliche geschäftige Ruhe in der Klinik. Der Geschäftsführer appelliert daher an das Verständnis der Patienten und verspricht, die Belastungen so gering wie möglich zu halten. Ein Ende ist in Sicht: Die Bauarbeiten sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. (mbr)/(jda)



Eingerüstet: Die Fassade des Bettenhauses im Juli 2007.

Foto: Michael Neumann

Licht und Schatten



Blick über Grenzen (v. l.): Die georgische Ergotherapeutin Anna Chakhava; Oberärztin Dr. Barbara Bornheimer und der Leitende Arzt des Bamberger Hofes, Artur Diethelm.

Foto: Dieter Becker

Einnahmen in Höhe von 2.420 Euro hat das Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Hochtaunus den Patienten des psychiatrischen Krankenhauses in Tiflis (Georgien) beschert. Die Summe kam während der 19. Frankfurter Psychiatriewoche zusammen, an der sich die Abteilung des Waldkranken-

hauses Köppern, die Klinik Bamberger Hof in Frankfurt, mit der Ausstellung „Kunst aus Georgien“ beteiligte. Mehr als zwanzig Kunstobjekte aus den Ateliers von psychisch kranken Menschen des „Tbilisi Asatiani Hospital“ wechselten ihren Besitzer. Mehr als einen Fingerzeig für eine positive Entwicklung in der Psychiatrie des Kaukasusstaates sieht Dr. Barbara Bornheimer, Oberärztin am Bamberger Hof, die gemeinsam mit der dortigen Atelierleiterin Anna Chakhava die Ausstellung eröffnete. Weniger hoffnungsfroh stimmende Information brachte ein Vortrag zur Lage der rumänischen Hospitäler: Dort seien noch immer katastrophale bauliche, medizinische und hygienische Bedingungen vorzufinden, berichtete Dr. Ralf-Peter Gebhardt von der Hilfsorganisation „Beclean e. V.“, für deren Projekte im Bamberger Hof Spenden eingesammelt wurden. (jda)

„Begehbare Ohr“ und „Geräuschemalen“

Angeregt durch die Kunstschau documenta beschäftigten sich hörgeschädigte Kinder aus der Pädagogischen Frühförderstelle der Hermann-Schafft-Schule des LWV in Kassel intensiv mit dem Thema Kunst. Dabei entstand die 20 Exponate umfassende Bildergalerie „Geräuschemalen“, ein „begehbare Ohr“ und eine sinnlich bunte „Nana“ nach dem Vorbild von Niki de St. Phalle. Von Juli bis September suchten die jun-

gen Künstler/innen – ganz wie ihre großen Vorbilder - den Weg in die Öffentlichkeit. Zu sehen waren die Exponate in den Ladengeschäften der Fa. Heini Weber Hören und Sehen in Kassel, Baunatal und Melsungen. In den fünf Pädagogischen Frühförder- und Beratungsstellen des LWV werden Kinder, deren Hörfähigkeit beeinträchtigt ist, mit ihren Familien bis zum Schuleintritt gezielt beraten und gefördert.

Die Frühförderung bietet den Kindern die Chance auf eine natürliche Hör- und Sprachentwicklung. (jda)



Der erste Strich ist der schwierigste: Kleine Künstler am Werk.

Foto: Pädagogische Frühförderstelle der Hermann-Schafft-Schule

KOF aus einer Hand

Der LWV hat ab Mai 2007 die örtlichen Aufgaben der Kriegsoferfürsorge für den Landkreis Gießen übernommen. Damit gibt es auch in dieser Region für alle Bürgerinnen und Bürger nur noch einen Ansprechpartner. In einer Verwaltungsvereinbarung hatten Landkreis und LWV zuvor die Modalitäten der Aufgabenübertragung festgelegt. Mit der Vereinbarung folgt der Landkreis 18 hessischen Gebietskörperschaften, die bereits die Aufgabe an den LWV übertragen haben. Weitere Vereinbarungen sind in Vorbereitung. (jda)

| Ansprechpartner für Kriegsofer und Angehörige aus dem Landkreis Gießen:
LWV-Regionalverwaltung Wiesbaden,
Anita Jenzowski, Tel.: 06 11 / 1 56 – 3 23

LWV fördert Anlaufstellen für wohnungslose Menschen

Nach wie vor ist Wohnungslosigkeit ein akutes soziales Problem, das heute in vielen Facetten auftritt und sich längst nicht mehr auf den klassischen „Landstreicher“ beschränkt. Umso wichtiger und vielschichtiger wird die Arbeit der insgesamt 42 in allen hessischen Regionen angesiedelten Fachberatungsstellen und Tagesaufenthaltsstätten für nichtsesshafte Menschen. Der LWV als überörtlicher Sozialhilfeträger fördert die Arbeit dieser Anlaufstellen in 2007 mit einem Gesamtbetrag von rund 9,1 Mio. Euro. Die Hilfen sollen, wie es im Wortlaut des Gesetzes heißt, zur „Sesshaftmachung“ wohnungsloser Menschen eingesetzt werden, beschloss der LWV-Verwaltungsausschuss im Oktober. „Durch die LWV-Förderung können wir die wichtige Arbeit der Fachberatungsstellen und Tagesaufenthaltsstätten für nichtsesshafte Menschen zu rund 87 % ihres Budgets sicherstellen“, beschrieb LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann den Umfang der Unterstützung. „Ziel muss es sein, die betroffenen Menschen in ihrem Entschluss zur Rückkehr in ein möglichst stabiles soziales Umfeld zu bestärken.“ Die Tagesaufenthaltsstätten

unterbreiten sog. „niederschwellige“ Angebote: Es werden Mahlzeiten angeboten, auch ist Platz für die persönliche Hygiene. Kleidung kann gewaschen und getrocknet werden. Ein Ruheraum bietet Platz zum Rückzug. Häufig muss dringend etwas für die Gesundheit der Betroffenen getan werden. Wo die Arbeit der Tagesaufenthaltsstätten endet, setzt

die der Fachberatungsstellen ein. Nachdem durch erste Kontakte Vertrauen hergestellt ist, wird nun Schritt für Schritt an der Reintegration gearbeitet. Unterstützung bieten die Fachberatungsstellen bei der künftigen Sicherung des Lebensunterhaltes. Sie stehen mit praktischen Hilfen, beim Kontakt

mit Behörden zur Seite, assistieren bei der Wohnungssuche, die je nach individuellen Ressourcen in ein Wohnheim, ins Betreute Wohnen oder auch in eine eigene Wohnung führen kann. Bei positivem Verlauf erfahren die betroffenen Menschen auch Unterstützung bei der Suche nach Arbeitsgelegenheiten. (jda)



Tagesaufenthaltsstätte „Panama“ in Kassel.

Foto: Monika Brauns

Neubau der Anna-Freud-Schule offiziell eingeweiht

Bereits 14 Monate nach der Grundsteinlegung war der Neubau der Anna-Freud-Schule an der LWV-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Lahnhöhe fertiggestellt und wurde im Mai offiziell mit der Schlüsselübergabe an Schulleiter Stephan Wendel eingeweiht.

Das neue Gebäude ist ein eingeschossiger Bau mit einer Nutzfläche von 370 m². Dort sind neben den Klassenräumen Mehrzweckräume und eine Aula geschaffen worden. Die Gesamtkosten betragen 1,25 Mio. Euro, die das Land Hessen finanziert hat.

An der Schule unterrichten bei 12 Planstellen 10 Lehrerinnen und Lehrer, die überwiegend für die Sonderschule ausgebildet sind. Neun abgeordnete Lehrkräfte stellen weitere Unterrichtsangebote, meist für Real- und Gymnasialschüler, sicher.

An der Anna-Freud-Schule werden derzeit 68 Schülerinnen und Schüler im Alter von 6 bis 18 Jahren unterrichtet, jährlich sind dies weit über 250 Schüler. (rvk)

Der Neubau der Anna-Freud-Schule.

Foto: Anna-Freud-Schule



Eltern-Kind-Behandlung in Gießen

Ende Oktober war die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (KPP) Gießen des ZSP Mittlere Lahn Ausrichter der Jahrestagung der LAG der Hessischen Mutter-Vater-Kind Einrichtungen. Thema der Veranstaltung, an der rund 80 Besucher teilnahmen, war die gemeinsame klinische Behandlung psychisch erkrankter Mütter bzw. Väter mit ihren Kindern. Experten der KPP Gießen und des Caritasverbandes referierten über verschiedene Behandlungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Viele Frauen leiden nach der Geburt

eines Kindes an einer Depression. Die meisten werden zunächst nicht behandelt, die Gefahr einer chronischen Depression ist hoch. Bei dem Kind führen frühe Trennungen zu einer gestörten Bindungsfähigkeit, was in der späteren Entwicklung schwere seelische Störungen nach sich ziehen kann. In der KPP Gießen können psychisch kranke Mütter oder Väter gemeinsam mit ihren Kleinkindern aufgenommen werden, um die Beziehung aufrecht zu erhalten und so u. a. prophylaktisch die gesunde seelische Entwicklung des Kindes zu

fördern. Die Klinik verfügt in dieser Behandlungsform bereits über langjährige Erfahrungen, sowohl im all-gemeinpsychiatrischen als auch im Suchtbereich.

Andrea Weiland/(mbr)

| Weitere Informationen zur Eltern-Kind-Behandlung erhalten Sie - für den Bereich der Allgemeinpsychiatrie bei:

Dr. Annelie Schliephake-Milch,
E-Mail:

annelie.schliephake-milch@kpp-giessen.de;
- für den Suchtbereich bei:

Dipl.-Psych. Jörg Fischer-Pleil,
E-Mail: joerg.fischer-pleil@kpp-giessen.de



Verantwortliche und Referenten der Veranstaltung in der KPP Gießen (v. l.): Dipl.-Psych. Jörg Fischer-Pleil, Leitender Psychologe des Suchtbereiches; Dipl. Sozialarbeiter Rainer Römer, Leiter der Übergangseinrichtung für Drogenabhängige; Bernhard Dewald, pflegerische Stationsleitung der Station 6.1; Dr. med. Annelie Schliephake-Milch, Leitende Abteilungsärztin; Stephanie Uher, Krankenschwester, und PD Dr. med. Dipl.-Psych. Matthias J. Müller, Ärztlicher Direktor.

Foto: Andrea Weiland

Angehörigengruppe im „Haus Bornberg“ eingeführt

In der gerontopsychiatrischen Tagespflegestelle „Haus Bornberg“ gibt es ein neues Angebot für die Angehörigen demenzkranker Patienten. Sie erhalten die Gelegenheit an einem monatlichen Gesprächskreis teilzunehmen, der von der Pflegedienstleitung und einer examinierten Krankenschwester des Hauses geleitet wird. „Wir wissen, dass die häusliche Pflege demenzkranker Menschen viele Fragen aufwirft“, erklärt die Pflegedienstleiterin Anita Bingart. So erklärt sich wohl auch die enorme Resonanz beim ersten Treffen der Angehörigengruppe. Insgesamt nahmen 16 pflegende Angehörige, der Heimförsprecher Joachim Hoffmann, zwei Experten eines ambulanten Pflegedienstes und der Assistenzarzt der Demenzstation des Waldkrankenhauses Köppern, Dr. Günter Bellinger, an der Veranstaltung teil. Themen waren der

allgemeine Umgang mit den Erkrankten, die Kommunikation zwischen Pflegendem und Patienten sowie die Gestaltung des Tagesablaufes. Die Angehörigen äußerten sich dankbar über die Möglichkeit sich mit ebenfalls Betroffenen austauschen zu können, aber auch darüber Ratschläge von Experten zu erhalten. „Zum ersten mal habe ich das Gefühl, mit meinen Ängsten und Sorgen nicht alleine da zu stehen“ äußerte sich eine Teilnehmerin.
Brihan Zerfa

| Nähere Informationen: Haus Bornberg,
Emil-Sioli-Weg 1 - 3,
Tel.: 0 61 75 / 7 91 – 2 63



Sie haben die Angehörigengruppe ins Leben gerufen: (v. l.) Michaela Krämer und Anita Bingart. Foto: Dieter Becker

Lufthansa-Cargo sagt Danke

Endlich können sie die Ergebnisse ihrer Arbeit hautnah erleben. Ihnen wird erklärt, warum die Produkte ihrer täglichen Arbeit so wichtig sind. Dies gibt den fast 350 behinderten Menschen der Werkstätten für Behinderte Rhein-Main e. V. aus Rüsselsheim-Königsstädten und Biebesheim ein gutes Gefühl, denn sie leisten gute Arbeit. Jährlich beliefern die Werkstätten die Frachtfluggesellschaft Lufthansa Cargo mit Haltesystemen für Luftfracht und reparieren zudem die Frachtwagen. Die Qualität ihrer Arbeit lässt sich an einer steigenden Auftragszahl ablesen: Zu Beginn der nun über 20-jährigen Kooperation zwischen dem Werkstattträger und Lufthansa Cargo waren es 20.000 Spanngurte pro Jahr, inzwischen hat sich die Zahl auf 200.000 gesteigert. Für die zuverlässig und pünktlich ausgeführte Arbeit gab es im Sommer ein wohlverdientes Dankeschön: Der Auftraggeber lud die Werkstattmitarbeiter auf den Frankfurter Flughafen ein. Dort erlebten sie eine spannende Rundfahrt in nicht für alle Flughafenbesucher zugängliche Bereiche, konnten aus nächster Nähe den Start eines Jumbojets bestaunen. Spiel, Musik und ein leckeres Essen ergänzten den Tag. Mit von der Partie war auch das LWV-Zielgruppenmanagement für Menschen mit geistiger Behinderung, für viele der Werkstattmitarbeiter Kostenträger. An einem Infostand hielten Carmen Näder, Jörg Oehmichen und Christian Schwarz Informationen bereit. Besonders das Thema Betreutes Wohnen wurde von den Werkstatt-Mitarbeitern häufig nachgefragt. Friederike Seitz/(jda)



Die Besucher wurden mit einem Geschenk der Lufthansapiloten verabschiedet.

Foto: Carmen Näder

Kunst als Sprache der Seele

... war das Motto einer Ausstellung, die unter dem Titel „Malen & Heilen“ im Hainaer Tischbeinhaus bis Oktober zu sehen war. Patienten des ZSP Haina (Kloster) verarbeiten während der Kunsttherapie mit Therapeutin Annelie Feldmann ihre Erlebnisse, Krankheiten und Gefühle in Form von Bildern. Diese zeigen in unterschiedlicher Weise, was im Inneren der Künstler vorgeht. Eine Hälfte der Zusammenstellung zeigte „Gefühlsbilder“. Eines der Werke besteht aus vielen großen und kleinen Augen, die den Betrachter anzustarren und zu verfolgen scheinen, genau so

wie der Künstler, ein ehemaliger Drogenabhängiger, sich fühlt: beobachtet von allen Seiten. Dass sie ein ungewolltes Kind sei und schon im Bauch der

Mutter rebelliert habe, erklärt eine Patientin zu ihrem Bild, welches den von einem Schwert durchstoßenen Mutterleib und einen darin enthaltenen Fötus mit Hammer in der Hand zeigt. Völlig anders erlebten Besucher den zweiten Raum der Ausstellung. Darin „schöne Bilder“, die eine andere Sprache sprechen. Sie spiegeln weniger die Gefühle der Zeichner wider, sondern dienen mit alltäglichen Motiven wie Blumen der Übung im Umgang mit Leinwand, Pinsel und Farbe. Erklärungen neben den Bildern sollen helfen, die Künstler zu verstehen und die Werke zu begreifen, auch wenn dies nicht vollständig durch „einfache“ Worte möglich ist. Zusätzliche Texte erläutern psychische Krankheitsbilder wie Essstörungen oder Depressionen. Zahlreiche positive Stimmen zur Ausstellung konnten die Organisatoren vom Verein der Freunde des Klosters Haina e. V. ausmachen, rund tausend Besucher fanden sich ein. Mit den Bildern sei man den Patienten viel näher gekommen und könne sie nun besser verstehen, schrieben Besucher aus Hannover in das Gästebuch. Friederike Seitz/(jda)



Kunsttherapeutin Annelie Feldmann erläutert den doppeldeutigen Titel „Verrückt“.

Foto: Manfred Scholz

Qualitätsmanagement-Zertifikate

Zwei weitere LWV-Einrichtungen sind nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert worden und zeichnen sich nun durch ein überprüfbares Qualitätsmanagement-System für die gesamte Einrichtung aus: Das Klinikum Weilmünster und das Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Rehbergpark in Herborn. Die jeweiligen Zertifikate überreichten im September

im Rahmen kleiner Feierstunden Mitarbeiter des Zertifizierungsunternehmens NIS ZERT an den Geschäftsführer der beiden Einrichtungen, Reinhard Belling, und die jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden, LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann und Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil. Der LWV ist Alleingesellschafter der Klinikum Weilmünster

gemeinnützige GmbH und der Rehbergpark gemeinnützige GmbH.

Im Frühjahr 2005 fiel in den beiden LWV-Einrichtungen ZSP Rehbergpark und Klinikum Weilmünster der Beschluss, ein Qualitätsmanagement-System aufzubauen und nach DIN EN ISO 9001 zertifizieren zu lassen.

In Herborn wurden 35 Qualitätsmanagement-Fachkräfte im Klinikbereich und 18 in der Heil-

pädagogischen Einrichtung ausgebildet. Sie erstellten maßgeblich die jeweiligen Projektpläne mit und informierten auf breiter Basis die Mitarbeiter über die Projektstände. Im Juli auditierte NIS ZERT aus Hanau zunächst den Krankenhausbereich und anschließend die Heilpädagogische Einrichtung (HPE). Dabei hoben die Auditoren insbesondere das Qualitätsmanagement-System der HPE hervor. Sie empfahlen der aus ihrer Sicht herausragenden Einrichtung eine Bewerbung um den europäischen Qualitätspreis.

In Herborn wurden nach der Fort- und Weiterbildung von Qualitätsmoderatoren und Qualitätsmanagementbeauftragten Ende 2005 Qualitätsziele in den einzelnen Betriebsstätten formuliert. Danach erfolgte im Rehbergpark die Veröffentlichung des Projektplanes zur Zertifizierung sowie die ständige Information aller Mitarbeiter. Nach der Mitarbeiterbefragung im Mai 2006 konnten bis Januar 2007 die Ergebnisse der Befragung veröffentlicht und diskutiert werden. Wenige Wochen später begannen die ersten internen Audits in den Betriebsstätten. Im Juni dieses Jahres führte NIS ZERT hier das Zertifizierungsaudit durch. (rvk)



Übergabe des Zertifikats in Herborn (v. l.): Annette Künzel vom Zertifizierungsunternehmen NIS ZERT, Aufsichtsratsvorsitzende Evelin Schönhut-Keil und Geschäftsführer Reinhard Belling.

Foto: Simone Mindnich

Unverzichtbares Werkzeug in der täglichen Praxis

Das Lexikon erfüllt seit seiner ersten Auflage anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Deutschen Vereins im Jahre 1980 eine wichtige Aufgabe der Informations- und Sprachvermittlung in der Sozialarbeit, die wegen der kontinuierlichen Fortentwicklung der Rechtsgrundlagen und der sie unterstützenden Wissenschaftsdisziplinen einen häufigen Wandel in ihren Texten erkennen lässt. Die bisherige Auflagenfolge 1986, 1993, 1997, 2002 markiert gleichzeitig deutliche Wechsel nicht nur in der Nomenklatur, sondern auch in den thematischen Schwerpunkten. Das gilt besonders für die Auflage 1993, die erstmals auch in den neuen Bundesländern genutzt werden konnte. Die Hierarchie der insgesamt 1.600 Grund-, Haupt-, Neben- und Verweistichwörter

hat sich ebenso bewährt wie die Vernetzung der juristischen Grundsätze mit den unterschiedlichen Erklärungen aus den Bereichen der Pädagogik, Psychologie, Psychiatrie Soziologie, Sozialmedizin, Ökonomie, und Verwaltungswissenschaften. Die unterschiedlichen, teilweise kontroversen Ansätze werden nicht zu einer scheinbar objektiven Einheit zusammengefasst, sondern in ihren unterschiedlichen Prägungen auf die zugrunde liegenden Positionen hin analysiert, um so die unterschiedlichen Praxisansätze zu erhellen.

Das Ziel, eine rasche Orientierung auch für benachbarte Disziplinen und Kooperationspartner bei konkreten Aufgaben- und Fragestellungen zu gewinnen, lässt sich über die umfassenden etwa 4.000 Literaturverweise absichern. Das Fach-

lexikon erleichtert darüber hinaus, die teilweise unübersichtlichen Institutions- und Zuständigkeitsstrukturen beispielsweise in den einzelnen Bundesländern in ihrer Abhängigkeit von den Vorgaben der Bundesgesetze zu verstehen. Damit gewinnt der Band die Eigenschaft eines unverzichtbaren Werkzeugs in der alltäglichen Praxis der behördlichen und gemeinnützigen Sozialarbeit – nicht nur für Berufsanfänger. Bleibt anzumerken, dass auch an dieser Auflage Mitarbeiter des LWV beteiligt waren.

Dr. Peter Barkey

| Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge. e. V. (Hg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit, Baden-Baden 2007 (Nomos), 6. Auflage, 1195 Seiten

Aktiver Gesundheitsschutz: Kein Passivrauchen

Auch der LWV ist zum 1. Oktober eine rauchfreie Zone geworden. Zur Umsetzung des vom Hessischen Landtag beschlossenen „Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens“ gilt seit diesem Tag ein uneingeschränktes Rauchverbot in allen Gebäuden und Räumen der Hauptverwaltung und der Regionalverwaltungen. Mitarbeiter/innen, die das Bedürfnis nach einer Zigarette verspüren und dieses Verlangen nicht bis zum Feierabend aufschieben können, müssen sich zu einem der gekennzeichneten Plätze außerhalb der Dienstgebäude bewegen. Allerdings ist Rauchen auch beim LWV keine Arbeitszeit: Während des Tabakkonsums müssen sich die LWV-Beschäftigten an den Zeiterfassungsgeräten ausloggen. Noch gibt es nicht an allen Orten wind- und wettergeschützte Unterstellmöglichkeiten. Diese sollen nach Möglichkeit noch verbessert werden.

Wie wird die neue Gesetzeslage in den psychiatrischen Kliniken gehandhabt? LWV-Info hat sich einmal umgehört. Im Philipppshospital in Riedstadt werde, sagt Michael Spallek, Assistent des Geschäftsführers, der Nichtraucher-schutz konsequent umgesetzt. Innerhalb der Klinikgebäude gelte ein uneingeschränktes Rauchverbot. Negative Reaktionen habe es kaum gegeben, da Maßnahmen in Riedstadt mit langem Vorlauf geplant wurden. Bereits seit Dezember des Vorjahres habe eine Arbeitsgruppe Hilfen zur Entwöhnung für rauchende Mitarbeiter überlegt. Ihnen wurden beispielsweise „Nikotin-entwöhnungskurse“ angeboten. Patien-



Rauchfrei: ZSP Bergstraße

Foto: Dieter Schwarz

ten im Philipppshospital dürften lediglich mit ärztlicher Zustimmung rauchen. Dies, meint Spallek, werde sich vermutlich auf wenige Fälle beschränken. Für das ZSP Bergstraße in Heppenheim schildert Sprecher Dieter Schwarz die dort gefundene Lösung: Die Klinikgebäude seien grundsätzlich rauchfrei, den rauchenden Patienten werde aber die Möglichkeit eingeräumt, sich in eines der Raucherzimmer – pro Station steht eines zur Verfügung – zurückzuziehen. Rauchende Mitarbeiter müssen ins Freie – dort finden sie zusätzliche Aschenbecher vor. „Raucher sterben heute nicht mehr an Lungenkrebs, sondern an Lungenentzündung“, scherzt Schwarz.

„Bei uns hat die Betriebskrankenkasse ein Seminar in der Klinik angeboten, welches dem Zweck diene, den Rauchern die Entwöhnung zu erleichtern“, erklärt Simone Mindnich, Öffentlichkeitsbeauftragte des ZSP Rehbergpark in Herborn. Teilweise sei es einigen rauchenden Mitarbeitern bereits gelungen, den Tabakkonsum zu reduzieren. Dies könne aber auch an den „erschweren Bedingungen“ liegen: In Herborn sei Patienten wie Mitarbeitern das Rauchen ausschließlich in auf dem Gelände eigens dazu aufgestellten Pavillons erlaubt. Die Stationen seien „rauchfrei“, allerdings plane man eine Raucherzone in der klinikeigenen Cafeteria. Brhan Zerefa/(jda)

17. Herborner Arbeits- und Begegnungsforum

Schizophrene Psychosen im Kindes- und Jugendalter, deren Symptome etwa Wahnvorstellungen oder Halluzinationen sein können, waren das Thema des 17. Herborner Arbeits- und Begegnungsforums der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik Anfang November. Prävention, Früherkennung und Intervention, sowie Behandlung schizophrener Psychosen standen auf dem

Tagungsprogramm. Mit zwei Vorträgen sowie der Auseinandersetzung in zwei Arbeitsgruppen beschäftigten sich die rund 200 Experten intensiv mit vielen Facetten dieses schwerwiegenden psychiatrischen Krankheitsbildes bei Kindern und Jugendlichen. „Zentral bleibt, den Jugendlichen Unterstützung zukommen zu lassen, für ihre Nöte und Spannungen Ausdrucksformen zu finden, in denen sie sich weiter finden und

bei denen sie hilfreich dabei unterstützt werden, Entlastung und Selbstschutz zu verbinden“, so der Ärztliche Direktor der Klinik, Dr. Matthias Wildermuth. (rvk)

| Nähere Informationen bei: Dr. Mattias Wildermuth, Tel.: 02772/5041212, E-Mail: matthias.wildermuth@rehbergpark.com

Gesund am Arbeitsplatz: Der Landeswohlfahrtsverband fördert das „Betriebliche Eingliederungsmanagement“



Zehn ausgezeichnete Unternehmen: Vertreter der BEM-prämierten Betriebe sowie Organisatoren beim Gruppenfoto

Foto: Jörg Daniel

Zehn hessische Unternehmen, die für die betriebliche Gesundheitsförderung ihrer Beschäftigten besonders viel tun, sind im Juni durch das Integrationsamt des LWV ausgezeichnet worden. Sie erhielten eine Prämie für ein beispielhaftes „Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)“, welches kranken und behinderten Mitarbeitern eine berufliche (Wieder-)Eingliederung ermöglichen soll, zugleich aber auch Wert auf präventive Maßnahmen legt. „Wir freuen uns, dass es schon jetzt in Hessen eine Reihe von Unternehmen gibt, die ein Betriebliches Eingliederungsmanagement als strategische Herausforderung angenommen haben und durch beispielgebende Maßnahmen für eine nachhaltige Integration ihrer behinderten und kranken Mitarbeiter sorgen“, sagte LWV-Beigeordneter Dr. Peter Barky, der gemeinsam mit Dr. Werner Scherer, Geschäftsführer der Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände e. V., die Unternehmen auszeichnete.

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement, 2004 ins SGB IX

aufgenommen, setzt vor allem auf die Trumpfkarte Prävention: Der Begriff „Management“ soll nicht nur modern wirken, er fordert alle Unternehmen auf, auch für ihre schwerbehinderten Mitarbeiter eine systematische Personalentwicklung zu betreiben – im eigenen Interesse, denn der demografische Wandel der kommenden Jahrzehnte macht vor den Werkstoren nicht Halt. Die Zahl behinderter und chronisch kranker Mitarbeiter wird in hessischen Unternehmen ebenso wachsen wie die Zahl der krankheitsbedingten Ausfalltage anzusteigen droht - wenn es den Unternehmen nicht gelingt, gegenzusteuern. Die für das Integrationsamt zuständige Erste Beigeordnete des LWV, Evelin Schönhut-Keil, ist sich sicher: „Eine frühzeitige Hilfestellung für behinderte Menschen ist wichtig, um deren Kreativität und Produktivität zu erhalten. Auch kann durch eine betriebliche Förderung Einiges dafür getan werden, dass die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten bleibt und es erst gar nicht zu chronischen Erkrankungen oder gar Behinderungen kommt.“ Durch das BEM, so die LWV-Beigeordnete, soll vor allem die konkrete betriebliche Umsetzung der Gesundheitsförderung und der Eingliederung fixiert werden. Nur dann wird es auch möglich, den Erfolg zu messen und - falls erforderlich – Korrekturen vorzunehmen. „Eine längere Lebensarbeitszeit wird künftig volkswirtschaftlich nicht zu umgehen sein. Das funktioniert aber nur, wenn die Beschäftigten auch gesundheitlich dazu in der Lage sind“, sagt Schönhut-Keil. Von den prämierten Unternehmen gehe daher auch eine Vorbildwirkung aus: „Es geht nicht darum, einen zusätzlichen Aufwand schmackhaft zu machen. Wir wollen zeigen, dass die Unternehmen zum Beispiel durch geringere Krankenfehlzeiten profitieren.“ Ähnlich sieht das auch die Arbeitgeberseite: Während der Prämierungsveranstaltung in Frankfurt begrüßte Scherer das wachsende Engagement in den Betrieben: „Betriebliche Prävention und Eingliederungsmanagement werden von den hessischen Unternehmen als Ausdruck einer modernen Unternehmensphilosophie verstanden, deren wirtschaftlicher Erfolg im Wesentlichen auf

der Motivation der Arbeitskraft von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern basiert“, betonte der Geschäftsführer vor rund 200 Unternehmensvertretern. (jda)

| Weitere Informationen zum BEM:
LWV-Integrationsamt,
Tel.: 0561/1004-0,
E-Mail:

kontakt-integrationsamt@lww-hessen.de,
Internet: www.integrationsamt-hessen.de

Diese 10 hessischen Unternehmen wurden prämiert:

Nordhessen:

- Daimler Chrysler AG, Werk Kassel
- K+S Kali GmbH Werk Werra, Philippsthal
- Orthopädische Klinik Kassel gGmbH
- DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH, Werk Fulda

Mittelhessen:

- Buderus Edelstahl GmbH, Wetzlar

Südhessen:

- Adam Opel GmbH, Rüsselsheim
- FRAPORT AG, Frankfurt
- Klinikum der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt
- Pirelli Deutschland GmbH, Breuberg
- Stadtverwaltung Offenbach

Deutsche Bahn Fahrzeuginstandhaltung GmbH, Werk Fulda



Im Werk Fulda der Deutschen Bahn werden hauptsächlich Bremssysteme instandgehalten. Bei rund 335 Mitarbeitern beschäftigt das Werk über 13 % schwerbehinderte Menschen. Das im Werk praktizierte, aktive Eingliederungsmanagement wird vom Integrationsteam getragen. Es beruht auf drei Säulen:

- Mitarbeiter sollen nach längeren Erkrankungen wieder eingegliedert werden
- Der Arbeitsunfähigkeit wird durch vorbeugende Maßnahmen begegnet
- Behinderte Mitarbeiter werden auf einem ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz eingesetzt

Die Akteure des Eingliederungsmanagements praktizieren ein kooperatives Vorgehen, um Vertrauen bei den betroffenen Mitarbeitern zu gewinnen. Eine Vielzahl von Arbeitsplätzen konnte durch Mitwirkung des Technischen Beratungsdienstes des Integrationsamtes behindertengerecht gestaltet werden. Fehlzeiten konnten vermindert werden.

| Ansprechpartner: Harald Göller, Tel.: 0661/18717



Bis zur Einführung eines Vakuum-Hebesystems mussten im Versand des DB-Werkes Fulda schwere Pakete von Hand bewegt werden. Mit dem „Mobicrane“ können zwei schwerbehinderte Mitarbeiter eingesetzt werden.

Foto: DB-Werk Fulda

Buderus Edelstahl GmbH, Wetzlar



Im mittelhessischen Wetzlar beschäftigt der zur Stahlindustrie zählende Konzern rund 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Quote schwerbehinderter Beschäftigter liegt gegenwärtig bei 6,1 %. Das Unternehmen hat ein vorsorgendes Gesundheits- und Integrationsmanagement entwickelt. Die Dialogverfahren des Betrieblichen Eingliederungsmanagements werden als Chance und Möglichkeit gesehen, die Mitarbeiter auf Arbeitsplätzen einzusetzen, die ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechen. Die Wirksamkeit der BEM-Aktivitäten sind langjährig erprobt und haben dazu geführt, dass ein deutlicher Rückgang des Krankenstandes registriert werden konnte. Die Gespräche verlaufen kooperativ und lösungsorientiert. Auch deshalb haben die Verantwortlichen eine Verbesserung der Gesprächskultur im Unternehmen festgestellt: Vielfältige Probleme im Bereich der Arbeitsplatzgestaltung und Gesundheitsfürsorge konnten erfolgreich gelöst werden.

| Ansprechpartner: Normann Geisse, Tel.: 06441/3742595



Durch den Umbau von kanzelbedienten auf flurgesteuerte Kräne können Mitarbeiter des Wetzlarer Werkes von Buderus, denen aus gesundheitlichen Gründen das Steigen auf Leitern und Gerüste untersagt ist, die Kräne vom Boden aus bedienen.

Foto: Buderus Edelstahl GmbH

Adam Opel GmbH, Rüsselsheim



Im Stammwerk Rüsselsheim der Adam Opel GmbH arbeiten gegenwärtig rund 15.000 Beschäftigte, rund 6,5 % von ihnen sind schwerbehindert. In der Automobilindustrie hat Gesundheitsförderung Tradition. Daher war es selbstverständlich, dass Chancen und Möglichkeiten, die das BEM eröffnet, offensiv genutzt werden. In Rüsselsheim wird ein sogenanntes Kernteam aktiv, das aus Werksarzt, Vorgesetzten, Beauftragten des Arbeitgebers, Schwerbehindertenvertreter, einem Vertreter der Personalabteilung, Ergonomie-Koordinator und Bereichsbetriebsrat besteht. Dieses Team klärt die Arbeitsplatzgestaltung für erkrankte und arbeitsunfähige Mitarbeiter. Bei Bedarf werden andere Fachstellen wie Technischer Berater, Integrationsfachdienst, Arbeitsagentur oder Berufshelfer der Berufsgenossenschaft hinzugezogen. Opel sieht betriebliche Prävention und Eingliederungsmanagement als Ausdruck einer modernen Unternehmensphilosophie. Im Hause Opel ist man davon überzeugt, dass wirtschaftlicher Erfolg im Wesentlichen auf der Motivation der Mitarbeiterinnen und der Pflege ihrer Arbeitskraft beruht.

| Ansprechpartner: Bernhard Grunewald, Tel.: 06142/774792 und Thomas Pohl, Tel. 06142/773216



Eigens konstruierte Aufdrehmaschinen, elektrisch höhenverstellbare Schwerlasttische und elektrische Behälterneiger ermöglichen im Opelwerk den Einsatz von Mitarbeitern mit unterschiedlichen Handicaps.

Foto: Adam Opel GmbH

„Zimmer mit Familienanschluss“

Von der „Psychiatrischen Familienpflege“ zum „Begleiteten Wohnen von behinderten Menschen in Familien“

Was zunächst ein Wagnis war, entwickelte sich in den vergangenen zehn Jahren zum hessenweit einmaligen Erfolgsmodell: die Betreuung von inzwischen 43 chronisch psychisch kranken Menschen durch Gastfamilien in Nordhessen. Bisher hieß das „Psychiatrische Familienpflege“, doch seit März dieses Jahres läuft diese Form der Betreuung unter dem Namen „Begleitetes Wohnen von behinderten Menschen in Familien“. Damit hat sich auch der Kreis der potenziellen Klienten erweitert.

Ein, zwei Bier mit den Kollegen, nach Feierabend? Das war schon während seiner Ausbildung zum Schlosser an der Tagesordnung, noch keine 16 war er da. Alkohol gehörte für Wolfgang Gerhold (Name geändert) wie bei vielen Menschen ganz selbstverständlich dazu. Und Gründe, immer mal wieder zu tief

ins Glas zu gucken, gab's genug: Geburtstagsfeiern und Trauerfeiern, Vereinsfeste und Fernsehabeude. Wolfgang Gerhold trank, wenn er „gut drauf“ war – und wenn ihm alles zu viel wurde. Und es wurde ihm immer öfter zu viel: Denn es gab, weil er so oft auch schon am helllichten Tage „einen im Tee“ hatte, zunehmend Streit: mit der Frau, den Kindern, Kollegen, dem Chef. Konflikte, die er im Schnaps zu ertränken versuchte. Erst war der Job weg, dann die Frau – sie ließ sich scheiden. Wolfgang Gerhold lebte mehrere Jahre „auf der Straße“ – bis er völlig verwahrlost und hilflos in die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen in Bad Emstal eingeliefert wurde. „Korsakow-Syndrom“, lautete die Diagnose: eine Erkrankung, bei der durch langjährigen, übermäßigen Alkoholkonsum Teile des Gehirns geschädigt sind. Meistens geht dies einher mit zum Teil erheblichen Konzentrations- und Erinnerungsschwierigkeiten und nicht selten sind Wesensänderungen die Folge. Wolfgang Gerhold durchlief eine Entzugsbehandlung, dann ein spezielles Therapieprogramm. „Schließlich war er so weit, dass ein Klinikaufenthalt eigentlich nicht mehr nötig war – für Betreutes Wohnen war er aber nicht selbstständig genug“, sagt Claudia Dondalski. Die Fachkrankenschwester für Psychiatrie bildet mit dem Krankenpfleger Stefan Beez, dem Diplom-Sozialarbeiter und Diplom-Supervisor Thomas Schmitt und der Krankenschwester Kornelia Sommer das Team des Zentrums für Soziale Psychiatrie Kurhessen in Bad Emstal, das psychisch kranke Menschen in Gastfamilien vermittelt. Auch für den inzwischen 60-jährigen Wolfgang Gerhold fand das Team ein „Zimmer mit Familienanschluss“.

Start als Pilotprojekt

„Psychiatrische Familienpflege“ hieß diese 1997 als fünfjähriges Pilotprojekt gestartete, individuell gestaltete Lebensform für psychisch behinderte Menschen – bis die Versammlung des Landeswohlfahrtsverbandes sie im März dieses Jahres in „Begleitetes Wohnen von behinderten Menschen in



Mehr als nur Gastfamilie (v. l.): Christa Wick, Manfred Krug, Christa Schröder und Claudia Dondalski vom Fachdienst der Psychiatrischen Familienpflege.

Foto: Gundula Zeitz

Begleitetes Wohnen:

Positive, ermutigende Erfahrungen fortentwickeln



Evelin Schönhut-Keil ist als Erste Beigeordnete des LWV verantwortlich für die Zielgruppenmanagements des überörtlichen Sozialhilfeträgers.

Foto: Monika Brauns

LWV-Info: Rund 300 bis 400 Menschen mit Behinderungen sollen in den kommenden Jahren in Familien leben, die einen Menschen mit Behinderung aufnehmen möchten. Was ist der Hintergrund für diese Zielsetzung?

Evelin Schönhut-Keil: Das Ziel haben wir uns gesetzt, weil wir mit dem Begleiteten Wohnen neben dem Betreuten Wohnen, dem Persönlichen Budget und einer ganzen Palette weiterer Ansätze einen Beitrag zum Umbau in der Behindertenhilfe leisten wollen. Beim Begleiteten Wohnen wird es vor allem darum gehen, einen Übergang anzubieten für Menschen, die nicht mehr in einem stationären Wohnheim leben müssen, die aber nicht oder noch nicht im Betreuten Wohnen leben können. Und natürlich um Menschen, die ganz gezielt in einer familiären Umgebung wohnen möchten.

LWV-Info: Was hat den LWV bewogen, mit dem Begleiteten Wohnen an den Start zu gehen?

Evelin Schönhut-Keil: Einfach gesagt: Unsere Hilfeangebote sollen passgenauer werden, sie sollen dem einzelnen Menschen mehr gesellschaftliche und soziale Teilhabe ermöglichen. Und das Begleitete Wohnen baut ja auch auf den Erfahrungen auf, die wir mit der Psychiatrischen Familienpflege in den vergangenen zehn Jahren gemacht haben. Das waren positive, ermutigende Erfahrungen. Mit dem Begleiteten Wohnen verbreitern wir nun die Basis und fordern vor allem auch Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege auf, sich an dem Programm zu beteiligen. Damit wollen wir solche Möglichkeiten überall in Hessen schaffen.

LWV-Info: Nun ist das Begleitete Wohnen nicht das einzige Hilfeangebot, bei dem der LWV auf aufnehmende Familien setzt.

Evelin Schönhut-Keil: Nein, neben dem Begleiteten Wohnen in Familien für behinderte Menschen gibt es die Pflegefamilien für geistig behinderte Kinder und Jugendliche und in einigen unserer Einrichtungen gibt es das Angebot der Erziehungsstellen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. In beiden Fällen bieten die Gastfamilien eine Alternative zur Heimunterbringung.

LWV-Info: Das setzt viel Sorgfalt bei der Auswahl geeigneter Familien voraus.

Evelin Schönhut-Keil: Richtig – unsere Fachdienste investieren viel Arbeit in die Suche nach geeigneten Familien. Sie müssen Erfahrung, soziale Kompetenzen, darunter Toleranz und Empathie, aber mitunter auch Autorität besitzen, um ihre neuen „Familienmitglieder“ betreuen zu können. Auch ist der Zeitaufwand nicht zu unterschätzen. Doch wir lassen die Familien nicht allein: Die Fachdienste kümmern sich nicht nur um die Auswahl, sondern stehen jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung. Es finden auch Treffen statt, bei denen Erfahrungen ausgetauscht werden und Fachliches vermittelt wird. Nur so kann das Konzept funktionieren.

(jda)

Familien“ umbenannte. Das klinge zwar umständlicher, sei aber treffender, sagt Ramona Spohr, die in der LWV-Hauptverwaltung für diesen Bereich zuständig ist: „Unter dem Begriff Pflege ist rechtlich eine andere Betreuungsform zu verstehen.“ Mit der Namensänderung verabschiedete die Verbandsversammlung auch gleich entsprechende Richtlinien – ein 18-seitiges Regelwerk – und ebnete damit den Weg für eine alternative ambulante Betreuung, die sich nicht mehr lediglich an psychisch behinderte Menschen richtet, sondern auch für Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung oder einer Abhängigkeitserkrankung gedacht ist, die weder allein in einer

Wohnung noch im Betreuten Wohnen oder in ihrer eigenen Familie leben können. „Mit dem Begleiteten Wohnen in Familien wird der Grundsatz ‚ambulant vor stationär‘ umgesetzt, der den Menschen ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglicht und gleichzeitig Kosten spart“, so Ramona Spohr. „Menschen mit Behinderung, die nicht zwingend in einer stationären Einrichtung leben müssen, bietet das Begleitete Wohnen die Möglichkeit, in einer neuen Familie zu leben“, sagt die LWV-Expertin. Die Familie soll, so ist es in den Richtlinien festgelegt, nicht nur geeigneten Wohnraum bereitstellen, sondern das neue Familienmitglied auch integrieren. „Das sollen keine

Profis sein, die ein privates Heim aufmachen wollen, sondern ganz normale Familien. Leute, die es einem behinderten Menschen ermöglichen, am Alltagsleben teilzunehmen, Beziehungen aufzubauen, Sozialkontakte zu pflegen“, erklärt Claudia Dondalski. Für ihren Einsatz erhalten die Familien ein monatliches Betreuungsgeld von derzeit bis zu rund 546 Euro und, wenn die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, die Leistungen zum Lebensunterhalt des neuen Familienmitgliedes (265 Euro) – davon ist alles zu zahlen, was der behinderte Mensch benötigt. Dieser selbst hat einen Anspruch auf monatlich rund 93 Euro Sozialhilfe-Barbetrag und rund 30 Euro Bekleidungs-pauschale.

Für geeignete behinderte Menschen im Alter von 18 bis 64 Jahren ebenso passende Familien zu finden – dafür ist ein so



Wohnqualität: Christa Wick und Manfred Krug in den eigenen vier Wänden.

Foto: Gundula Zeitz

genannter Fachdienst zuständig. Dieser soll, auch das ist in den neuen Richtlinien geregelt, nicht nur die behinderten Menschen vermitteln. Seine Aufgabe ist auch, das Leben der Menschen mit Behinderung in den Familien dauerhaft professionell zu begleiten – auch in Krisensituationen: „Die aufnehmenden Familien werden auf das Leben mit einem behinderten Menschen vorbereitet und die dann erweiterten Familien im Alltag betreut“, sagt Thomas Schmitt vom Fachdienst der Merxhäuser Klinik, der früher ganz ein-

fach „Familienpflegeteam“ hieß. Solche Teams sollen nun schrittweise landesweit aufgebaut werden, sagt Ramona Spohr: „Für die Einrichtung eines Fachdienstes kommen zum Beispiel Träger der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen oder Krankenhausträger in Betracht, die über geeignete Fachkräfte verfügen und eine qualifizierte Betreuung gewährleisten können“, erklärt sie. Nach und nach würden nun Gespräche mit potenziellen Trägern geführt. Langfristiges Ziel sei es, hessenweit durch die Fachdienste 300 bis 400 Menschen in Familien zu vermitteln und dort zu begleiten. Eine solche Familie sind auch Christa Schröder und Markus Wasko aus Burghasungen im Landkreis Kassel. Auf eine Anzeige in der Zeitung hatte das Paar reagiert: „Wir kannten eine andere Gastfamilie und wussten schon in etwa, wie das laufen kann“, sagt die 58-Jährige, die wie ihr Mann Disponent bei einem Personenbeförderungsunternehmen ist. Warum sie sich auf so ein Experiment eingelassen haben? Na ja, da seien die zwei freien Zimmer im Haus gewesen – und ja, auch das Betreuungsgeld habe sicher irgendwie eine Rolle gespielt. Aber, ergänzt Wasko: „Man darf nicht nur das Finanzielle

sehen, man muss bereit sein, mit Menschen, die einem zunächst einmal ja fremd sind, richtig zusammenzuleben, gemeinsam Probleme zu bewältigen und dabei mit wenig Privatleben auszukommen – also: Ohne soziales Engagement geht es nicht.“

Ein richtiges Zuhause gefunden

Und so leben nun heute sogar zwei behinderte Mitbewohner im geräumigen, schmucken Haus mit dem großen Garten: Der 64-jährige Manfred Krug schon seit 2002, etwas später kam Christa Wick hinzu: „Weil ich nicht mehr alleine in der Wohnung leben konnte“, sagt die 63-jährige kurz und bündig. Über das, was früher war, möchten sie eigentlich beide gar nicht reden. Lieber über das, was heute ist: „Wir werden hier gut versorgt“, sagt Christa Wick, „wir sitzen auch zusammen am Tisch und quatschen oder helfen mal im Haushalt...“ – „...oder kriegen auch mal geschimpft – wie im wahren Leben halt“, fällt ihr Manfred Krug ins Wort und lacht verschmitzt, „wir haben hier ein richtiges Zuhause gefunden“, fügt er noch hinzu.

Klar, dass das anfangs nicht einfach war. „Als der Manfred hier ankam, passten seine Sachen in zwei Plastiktüten – es fehlte an allem“, sagt Gastgeberin Christa Schröder, „wir mussten uns erstmal um Kleidung kümmern, sind zum Haare schneiden gefahren, zum Arzt“. Auch so etwas gehört dazu. Und viel Koordination: In der Familie muss zumindest eine Person zu Hause sein – im Fall von Christa Schröder und Markus Wasko, die beide berufstätig sind, heißt das: Sie müssen ihren Schichtdienst abstimmen. „Das läuft inzwischen alles rund“, sagt Markus Wasko.

Der Alltag hat sich eingespielt. Frühstück machen sich die beiden neuen Familienmitglieder selber, Mittagessen kocht in der Regel Christa Schröder, zwischendurch legen die beiden Mitbewohner sich manchmal noch mal hin – oder sie gehen spazieren. „Fernsehen, Mensch-ärgere-Dich-nicht spielen“, zählt Manfred Krug auf, alle 14 Tage gibt's in der Klinik in Bad Emstal-Merxhausen ein „Begegnungsfrühstück“ mit anderen Gastfamilien und ihren Betreuten, ab und zu treffen sich auch einige Familien mit ihren Mitbewohnern zum gemeinsamen Kochen oder zu einem Ausflug. „Das Erfolgsrezept ist, dass eine ganz normale Familie es psychisch behinderten Menschen ermöglicht, am normalen Alltagsleben teilzunehmen, ein normales Familienmitglied zu sein“, sagt Claudia Dondalski. Zwei Drittel der in den Familien betreuten Klienten sind ältere Menschen mit schwerer Alkohol-Demenz, ein Drittel jüngere chronisch psychisch Kranke, die zum Beispiel unter Schizophrenie leiden. „Während die jüngeren Betreuten nach durchschnittlich zwei bis vier Jahren in eine andere Betreuungsform, zum Beispiel das Betreute Wohnen in Wohngemeinschaften, wechseln, bleiben die Korsakow-Erkrankten dauerhaft in ihren neuen Familien“, sagt Thomas Schmitt, „der größte Erfolg ist, dass die alkoholkranken Menschen nie wieder rückfällig geworden sind.“

Gundula Zeitz

| Eine Broschüre informiert über die „Richtlinien für das Begleitete Wohnen von behinderten Menschen in Familien“. Sie ist erhältlich beim LWV Hessen, Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 0561/1004-2060, kann auch unter www.lwv-hessen.de/Publikationen heruntergeladen werden.



Foto: Dieter Becker

Geehrt

Verwaltungsleiter, Kaufmännischer Direktor, Geschäftsführer – die Bezeichnungen wechselten, doch die Verantwortung blieb die gleiche: Mehr als 35 Jahre sicherte **Werner Bierschenk** den unternehmerischen Erfolg des Waldkrankenhauses Köppern und seiner Außenstellen. 2002 übernahm er zusätzlich die Betriebsleitung des ZSP Rheinblick in Eltville und konnte es aus einer Talsohle herausführen. Viel ehrlich gemeinten Dank und beste Wünsche für den anstehenden Ruhestand erhielt der Südhesse von vielen Weggefährten bei seiner Verabschiedung. Landesdirektor **Uwe Brückmann** zeichnete Bierschenk mit der LWV-Ehrenplakette in Silber aus.

Ähnlich beeindruckend liest sich der Lebenslauf von **Kurt Ernst**, der es auf 37 Berufsjahre für den LWV bringt, davon 18 Jahre an der Spitze des Philipphospitals in Riedstadt. Ende September wechselte Ernst in den Ruhestand und konnte sich zur Verabschiedung über die Ehrenplakette in Gold freuen, die ihm Landesdirektor **Uwe Brückmann** verlieh. „Sie haben das Philipphospital zu einem kompetenten und leistungsstarken Anbieter auf dem Psychiatriesektor gemacht“, sagte Brückmann in seiner Laudatio und hob den Einsatz Ernsts für den Aufbau der forensischen Klinik hervor.

Rechnet man die von ihm bekleideten Ämter zusammen, kommt man auf mehrere Leben. **Kurt Leuninger**, 37 Jahre in Funktionen beim LWV, hat nach der höchsten Auszeichnung des Kommunalverbandes, dem Ehrenring, eine weitere hohe Auszeichnung erhalten: Hessens Finanzminister **Karlheinz Weimar** überreichte dem früheren Löhnberger Bürgermeister im November



Foto: Jörg Daniel

das Verdienstkreuz 1. Klasse und würdigte den „vorbildlichen Kommunalpolitiker“ mit dem besonderem Blick für die sozialen Probleme seiner Mitbürger.

Gewechselt

Damian Dolberg heißt der neue stellvertretende Ärztliche Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Eichberg. Er folgte im Oktober auf Dr. **Georg Bialonski**, der in die Freistellungsphase der Altersteilzeit wechselte. Erfahrungen bringt der breit ausgebildete Sozialpsychiater aus mehreren beruflichen Stationen mit. Fachliche Schwerpunkte möchte Dolberg in den Bereichen Schmerztherapie, Sexualtherapie und Psychosomatik setzen. Angetan ist er von der Lage des Eichbergs: „Man sollte den Genußwert eines solchen Ambiente nicht unterschätzen.“



Foto: ZSP Rheinblick

Aufgefallen

Über die Unterstützung ihrer Arbeit durch den Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport und das Hessische Finanzministerium freut sich die Heilpädagogische Einrichtung des Klinikums Weilmünster. Bei einem Besuch überreichte Vorstandsvorsitzender **Dr. Wilhelm Bender**, der von Finanzminister **Karlheinz Weimar** begleitet wurde, einen Spendenscheck über 5.000 Euro an Klinikum-Geschäftsführer **Reinhard Belling**. Belling dankte im Namen von Patienten und Beschäftigten für die Spende, die in Kunstprojekte der HPE fließen soll. Bilder der Hobbykünstler hat das Finanzministerium bereits für seine Büros erworben.

Um die Herausforderungen meistern zu können, vor denen öffentliche Institutionen heute stehen, muss sich auch das Selbstverständnis von Prüfungsämtern und Revisionen wandeln. Dafür benötigen Prüfer und Revisoren andere Schlüsselkompetenzen, mit denen sie „Prüf Widerstände“ überwinden und zur Qualitätsverbesserung beitragen



Foto: HPE Weilmünster

können. Wie solche Erfolgsstrategien aussehen können, stellte die Leiterin der Revision in der LWV-Hauptverwaltung, **Helga Hornung-Müller**, im November in einem von ihr geleiteten Workshop vor. Das Deutsche Institut für Interne Revision hatte zur Jahrestagung nach Kassel eingeladen.

Gern erfüllte die Klinikleitung seinen Wunsch: Zum 100. Geburtstag von **Georg Lohrey** spielten die Gießener Turmbläser zu einem kleinen Ständchen auf und bereiteten das Feld für eine vergnügliche Feierstunde, die der Jubilar sichtlich genoss, wie auch die von Geschäftsführerin **Anke Berger-Schmitt** überbrachten Glückwünsche.



Foto: ZSP Mittlere Lahn

Seit mehr als fünf Jahrzehnten lebt Lohrey als einer der letzten Langzeitpatienten in der Gießener Klinik. Gern erzählt der rüstige Hundertjährige, der bereits in jungen Jahren psychisch erkrankte, wie er sein Leben meisterte, wie er schwierige und schlimme Zeiten überstand.

Verstorben

Der ehemalige Präsident der Verbandsversammlung, **Erich Schaeffter**, ist im September 92-jährig verstorben. Er gehörte insgesamt 20 Jahre als Abgeordneter der Verbandsversammlung an, von 1977 bis 1985 stand er



Foto: LWV-Pressestelle

dem Hessischen Sozialparlament vor. Bei der Trauerfeier in Schaeffters Heimatstadt Rüsselsheim erinnerte Beigeordneter **Dr. Peter**

Barkey an die Verdienste des Christdemokraten, der seine durch die Kriegserfahrung geprägten sozialpolitischen Vorstellungen beharrlich und mit großem Erfolg habe durchsetzen können und dabei stets ein von allen geschätzter Kollege, Gefährte und Freund geblieben sei.

Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst

Hauptverwaltung Kassel

Regina Claus | Winfried Haberkorn | Nina Hübner | Steffen König | Eva-Maria Neumann | Christian Pflüger | Vera Zeich

Regionalverwaltung Darmstadt

Julia Haese | Anika Pistauer | Tanja Schmidt

Regionalverwaltung Wiesbaden

Stephanie Hess | Thomas Klein | Maria Krebs | Ron Zimmermann

Laufbahnprüfung für den mittleren Dienst

Hauptverwaltung Kassel

Andrea Graf | Sandra Hinz

Regionalverwaltung Darmstadt

Simone Schneider | Jan Schuchmann

Abschlussprüfung zur/zum Fachangestellten für Büro-kommunikation

Hauptverwaltung Kassel

Sabrina Bienert

Regionalverwaltung Darmstadt

Christina Koch | Katja Nehring

Regionalverwaltung Wiesbaden

Stephan Schmitt

Abschlussprüfung zur Fachinformatikerin / zum Fachinformatiker

Hauptverwaltung Kassel

Alexander Mengel

Examensprüfung zum/zur Gesundheits- und Krankenpfleger/in

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Nadine Nickel | Michael Rudel | Veronika Werner | Timo Richter | Katrin Profe | Christian Sawitzki | Nadine Knöppel | Thomas Waldeck | Claudia Matz | Sabrina Möller | Swenja Stroh | Jan Kukuck | Susanne Neundörfer | Simone Hoffmann | Sarah Schüller

ZSP Philipphospital, Riedstadt

Sandra Alobwede | Doreen Fitzner |

Kerstin Gauß | Alexander Gerhardt | Tanja Klippel | Nina Schöneich | Franziska Wank | Sebastian Wolter | Andrea Zimmermann

ZSP Rehbergpark, Herborn

Anna-Lena Bach | Johanna Lena Blöcher | Madlen Bockemühl | Christiane Daniel | Regina Dinter | Annetta Göhring | Vanessa Moos | Alexandra Mülln | Ricarda Polka | Tanja Siefert | Jessica Thielmann | Viktoria Wahl | Bernd-Udo Wollenweber

25-jähriges Dienstjubiläum

Hauptverwaltung Kassel

Uwe Giesen, Amtmann | Birgit Behr, Oberinspektorin | Thorsten Koch, Amtsrat | Birgitta Dorau-Vogel, Verwaltungsangestellte | Ulrich Lambrecht, Amtsinspektor | Thomas Raue, Oberamtsrat | Birgit Ruth, Sekretärin des Präsidenten der Verbandsversammlung | Sandra Steinbach, Verwaltungsangestellte | Bettina Trube, Verwaltungsangestellte | Frank Wille, Amtmann | Stefan Asbrand, Amtmann | Monika Batke, Amtsrätin | Bettina Landgrebe, Verwaltungsangestellte | Klaus Wind, Amtmann | Angelika Knoll, Amtsinspektorin

Regionalverwaltung Darmstadt

Christel Riedel, Verwaltungsangestellte

Regionalverwaltung Wiesbaden

Michael Eltze, Oberinspektor | Peter Maier, Amtmann

ZSP Am Mönchberg, Hadamar

Alfred Schmidt, Verwaltungsangestellter

ZSP Haina

Burkhard Möller, Fachkrankenpfleger | Erna Heldmann, Krankenschwester | Christel Michel, Wäschereiarbeiterin | Lydia Löwer, Wäschereileiterin | Johannes Mayrl, Angestellter | Sabine Hofmeister, Krankenschwester | Ralf Bretter, Krankenpfleger | Werner Möller, Stationsleiter | Hans-Peter Lerch, Krankenpfleger | Erich Hoeck, Krankenpfleger | Hans Dehnert, Stationspfleger | Gerhard Spiel, Kraftfahrer | Erika Seitz, Wäschereiarbeiterin | Regina Vaupel, Krankenschwester | Waltraud Klute, Pflegehelferin | Eberhard Worm, Stationspfleger KfP, ASt. Gießen | Martina Schwarz, Krankenschwester KfP, ASt. Gießen | Michael Buchmüller, Krankenpfleger KfP, ASt. Gießen | Hans-Jürgen Giese, Krankenpfleger KfP, ASt. Gießen

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Markus Kistner, Stationsleiter | Daniela Mücke, Krankenschwester | Dr. Monika Thies, Fachärztin | Gudrun Kruhm, Dipl.-Psychologin | Horst Kellhammer, Heizer und Installateur | Karin Sattler, Verwaltungsangestellte | Jasmina Munder, Hausgehilfin WPH | Ursula Beilstein, Krankenschwester HPE

ZSP Mittlere Lahn, Gießen

Carmen Gerlach, Krankenschwester | Ulrich Straube, Stellv. Wäschereileiter | Helge Otto, Küchenhilfe/Hausgehilfin | Martina Macri, Krankenpflegehelferin | Martina Berger, Krankenschwester | Carmen Brückel, Stationsleiterin | Ulrich Werner, Wäschereiarbeiter

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Karin Sagel, Kinderkrankenschwester | Sigrid Müller, Hausgehilfin | Petra Scheunemann-Wrobel, Diplom-Psychologin | Norbert Hühn, Schreinermeister | Karl-Heinz Bender, Schreiner | Marianne Sibbe, Krankenschwester

ZSP Philipphospital, Riedstadt

Anita Steinhorst, Hausgehilfin

ZSP Rehbergpark, Herborn

Rita Schnurr, Krankenschwester | Holger Gass, Krankenpfleger | Johann Eckmayer, Mitarbeiter in der Ergotherapie | Petra Thielsch, Verwaltungsangestellte | Harald Klaas, Stationsleiter | Klaus Sehrig, Stationspfleger | Eva Annette Blecker, Erzieherin | Claudia Hein, Erzieherin | Regina Seidler, Kochfrau

ZSP Rheinblick, Eltville

Karin Klingler, Hausgehilfin | Angelika Christen, Stellv. Stationschwester | Monika Henzl, Hausgehilfin | Marion Rosen-Preisler, Stationsleiterin | Margit Helbach, Krankenschwester | Rainer Barthel, Krankenpfleger | Claudia Grimm, Krankenschwester | Rita Kropp, Krankenschwester | Stefan Kropp, Fachkrankenpfleger | Michael Goedel, Dipl.-Sozialarbeiter

Freiherr-von-Schütz-Schule, Bad Camberg

Karin Kuhn, Erzieherin

Hermann-Schafft-Schule, Homberg

Helmut Holzapfel, Verwaltungsangestellter

Johannes-Vatter-Schule, Friedberg

Renate Conrad, Erzieherin

Stiftungsforsten Kloster Haina

Jürgen Plett, Forstwirt

40-jähriges Dienstjubiläum

Hauptverwaltung Kassel

Hannelore Laske, Verwaltungsangestellte | Helmut Pfaff, Verwaltungsangestellter | Gerhard Rüdtenklau, Amtsrat

ZSP Haina

Erwin Ansorge, Anstreicher

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Erika Bechtel, Krankenpflegehelferin

ZSP Mittlere Lahn, Gießen

Brigitte Minnert, Krankenpflegehelferin | Monika Seipp, Stenotypistin

ZSP Rehbergpark, Herborn

Lothar Bastian, Erzieher

Stiftungsforsten Kloster Haina

Herbert Schlenzog, Forstamtmann

50-jähriges Dienstjubiläum

Hauptverwaltung Kassel

Helmut Rost, Amtmann

Im Ruhestand

Hauptverwaltung Kassel

Heinz Dieter Schauer, Verwaltungsrat | Helmut Rost, Amtmann | Klaus Krahl, Amtsrat | Monika Schaumburg, Verwaltungsangestellte | Hildegard Brekau, Raumpflegerin | Hannelore Stracke, Mitarbeiterin in der Telefonzentrale | Gero Schüttler, Technischer Angestellter

Regionalverwaltung Wiesbaden

Wolfgang Müller, Verwaltungsangestellter | Fatma Gündüz, Reinigungskraft

ZSP Am Mönchberg, Hadamar

Heinz-Jürgen Müller, Verwaltungsangestellter | Gerolf Rörig, Angestellter in der Beschäftigungstherapie | Margit Wisniewski, Hausgehilfin | Bernd Gasteier, Schlosser und Heizer | Monika Zimmermann, Hauswirtschaftsleiterin

ZSP Haina

Ernst-Christian Herzog, Gärtnermeister | Dorothea Geitz, Hausgehilfin | Engelbert Burkardt, Dipl.-Psychologe | Dr. Wolfgang Kleinicke, Päd. Leiter | Rudolf Bach, Wohngruppenleiter | Hartmut Heinemann, Dipl.-Psychologe | Albert Funk, Gutsinspektor | Renate von Eiff, Krankenschwester KfP, ASt. Gießen | Peter Seifert, Krankenpfleger KfP, ASt. Gießen

ZSP Hochtaunus, Friedrichsdorf

Werner Bierschenk, Ltd. Verwaltungsdirektor

ZSP Kurhessen, Bad Emstal

Arthur Becker, Vorarbeiter | Brunhilde Heerdt, Kochfrau | Erika Bechtel, Krankenschwester | Heinrich Ernst, Krankenpfleger

ZSP Mittlere Lahn, Gießen

Marianne Straube, Hausgehilfin | Elke Libawski, Hausgehilfin | Brigitte Kotte, Hausgehilfin | Ernst Höger, Krankenpfleger | Hans Wegener, Oberarzt | Ulrich Höner, Verwaltungsrat

ZSP Mittlere Lahn, Marburg

Dr. Rainer Haubold, Stellv. Ärztl. Direktor | Gerhard Fischer, Krankenpfleger | Dieter Tänzler, Krankenpflegehelfer | Ursula Geisel, Krankenpflegehelferin | Marion Brandl, Erzieherin

ZSP Philipphospital, Riedstadt

Hartmut Klemm, Sozialarbeiter | Josefa Gonzales Blanco, Krankenpflegehelferin | Pilar Dominguez Alvarez, Hausgehilfin | Kurt Ernst, Betriebsleiter

ZSP Rheinblick, Eltville

Antje Wiegmann, Assistenzärztin | Nora Jennewein, Dipl.-Psychologin

Freiherr-von-Schütz-Schule, Bad Camberg

Margarete Braun, Hausgehilfin

Hermann-Schafft-Schule, Homberg/Efze

Ulrike Schneider, Orthoptistin/Dipl.-Sozialpädagogin

Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg

Heidrun Wittrin, Erzieherin

Johannes-Vatter-Schule, Friedberg

Marlies Cyba, Hausgehilfin | Heidrun Hofer, Verwaltungsangestellte | Cosimo Zannino, Hausgehilfe | Angelika

Hardt, Hausgehilfin | Doris Hofmann, Hausgehilfin

Ehrenplakette in Silber

Werner Bierschenk, Geschäftsführer der ZSP Hochtaunus gGmbH und Betriebsleiter des ZSP Rheinblick

Ehrenplakette in Gold

Kurt Ernst, Betriebsleiter ZSP Philipphospital, Riedstadt

Neue Namen - Neue Positionen

Doris Herzer, Leiterin des Servicebereichs Finanzen, Hauptverwaltung Kassel | Jörg Leimbach, Leiter des Funktionsbereichs, Anwendungsentwicklung Einrichtungen, Finanzwesen, Personalwesen, Hauptverwaltung Kassel | Dieter Lilienbeck, Kommissarischer Leiter des LWV-Baumanagements, Hauptverwaltung Kassel | Dr. Waltraud Haakh, Oberärztin, ZSP Philipphospital, Riedstadt | Stephan Köhler, Geschäftsführer, ZSP Rheinblick, Eltville, ZSP Hochtaunus gGmbH, Friedrichsdorf, SPZ Kalmenhof, Idstein | Reinhard Belling, Geschäftsführer, ZSP Am Mönchberg gGmbH, Hadamar | Siegfried Hüttenberger, Geschäftsführer, ZSP Bergstraße, Heppenheim, ZSP Philipphospital, Riedstadt | Anke Berger-Schmitt, Kaufmännische Direktorin und Betriebsleiterin, ZSP Mittlere Lahn, Gießen

Wir trauern

Ilona Arslan, Krankenschwester, ZSP Mittlere Lahn, Gießen | Thomas Horn, Oberamtsrat, Regionalverwaltung Wiesbaden

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.

LWV im Dialog

Den vollständigen und aktuellen Veranstaltungskalender finden Sie unter www.lwv-hessen.de

5. Dezember 2007 - 15 bis 17.15 Uhr | Der besondere Fall - Fortbildungsveranstaltung der Klinik Rheinhöhe | Veranstalter/Veranstaltungsort: Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Kloster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville | Weitere Informationen: Dr. Doris Mallmann, 0 61 23 / 6 02 – 3 63 oder E-Mail: d.mallmann@zsp-rheinblick.de

6. Dezember 2007 - 14 Uhr | Psychopharmaka, Eingriff in die Seele? Referentinnen: Sibylle Roll und Petra Marx | Veranstalter/Veranstaltungsort: Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Kloster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville | Weitere Informationen: Jürgen Scheurenbrand, 0 61 23 / 6 02 – 6 52 oder E-Mail: j.scheurenbrand@zsp-rheinblick.de

6. Dezember 2007 - 18 Uhr | Nikolaus-Symposium: Kinderorthopädie | Veranstalter/Veranstaltungsort: Orthopädische Klinik Kassel gGmbH, Wilhelmshöher Allee 345, 34131 Kassel | Weitere Informationen: Peter Herborg, 05 61 / 30 84 – 3 30 oder E-Mail: pherborg@okkassel.de

8. Dezember 2007 - 20 Uhr | Anne Haigis: Good Day for the Blues | Veranstalter/Veranstaltungsort: KuZ Eichberg im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Kloster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville | Weitere Informationen: Jürgen Scheurenbrand, 0 61 23 / 6 02 – 6 52 oder E-Mail: j.scheurenbrand@zsp-rheinblick.de

16. Dezember 2007 - 17 Uhr | Dia Show: Ägypten - Krone des Orients | Veranstalter: KuZ Eichberg im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick | Veranstaltungsort: Bürgerhaus Kiedrich | Weitere Informationen: Jürgen Scheurenbrand, 0 61 23 / 6 02 – 6 52 oder E-Mail: j.scheurenbrand@zsp-rheinblick.de

19. Dezember 2007 - 9 Uhr | Öffentliche Plenarsitzung der Verbandsversammlung des LWV Hessen | Veranstaltungsort: LWV-Hauptverwaltung Kassel, Ständeplatz 6 – 10 | Weitere Informationen: Walter Humburg, 05 61 / 10 04 – 25 38

15. Januar 2008 - 16 Uhr | Theater Chapi-teau - Mit-Mach-Kindertheater – „Manege frei für Pinocchio“. Veranstalter/Veranstaltungsort: KuZ Eichberg im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Kloster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville | Weitere Informationen: Jürgen Scheurenbrand, 0 61 23 / 6 02 – 6 52 oder E-Mail: j.scheurenbrand@zsp-rheinblick.de

18. Januar 2008 - 20 Uhr | Nessi 1000schön - „Perlen und Säue“ | Veranstalter/Veranstaltungsort: KuZ Eichberg im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Kloster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville | Weitere Informationen: Jürgen Scheurenbrand, 0 61 23 / 6 02 – 6 52 oder E-Mail: j.scheurenbrand@zsp-rheinblick.de

23. Februar 2008 - 20 Uhr | Joy Fleming - Deutschlands Blues- und Rockröhre | Veranstalter: KuZ Eichberg im Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Kloster-Eberbach-Straße 4, 65246 Eltville | Veranstaltungsort: Bürgerhaus Kiedrich | Weitere Informationen: Jürgen Scheurenbrand, 0 61 23 / 6 02 – 6 52 oder E-Mail: j.scheurenbrand@zsp-rheinblick.de

Phil Hubbe VII



Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2008!

IMPRESSUM

LWV-Info. Zeitschrift des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit - Pressestelle
Ständeplatz 6 - 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 1004 - 22 13 / 23 68/25 36
Fax: (05 61) 1004 - 26 40
pressestelle@lwv-hessen.de
www.lwv-hessen.de

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantw.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:

Monika Brauns (mbr)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH, Kassel

Redaktionsschluss: 31. Oktober 2007

Texte dieser Zeitschrift – auch Auszüge – dürfen nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares genutzt werden. Das LWV-Info finden Sie unter www.lwv-hessen.de auch im Internet. Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.